

# Glanz und Elend der deutschen Geschichte 1870 bis 1933 Band 1

## Die verspätete Nation

Band 1/116: 22.01.1917 – 08.01.1918

### 22.01.1917

**USA:** Präsident Wilson konkretisiert am 22. Januar 1917 vor dem US-Senat die Grundsätze seiner Friedensordnung. Der US-Präsident fordert einen Frieden ohne Sieg, Gleichberechtigung aller Nationen, ob groß oder klein, das Recht auf äußere Selbstbestimmung für alle Völker und die Bildung eines universellen Völkerbundes als Friedensgarantie, anstelle der bisherigen Bündnisse (x041/180).

### 31.01.1917

**Deutsches Reich:** Die deutsche Reichsregierung informiert die USA am 31. Januar 1917 über den Beginn des uneingeschränkten U-Boot-Krieges (ab 1. Februar 1917).

Obwohl der deutsche Reichskanzler Bethmann-Hollweg ausdrücklich vor den Folgen eines unbeschränkten U-Boot-Krieges warnt, setzen sich die Befehlshaber der deutschen Kriegsmarine und hauptsächlich General Ludendorff durch ("letzte Trumpfkarte"). Danach wird ab 1. Februar 1917 jedes Schiff angegriffen, das sich der britischen und französischen Küste nähert. Die Rechnung der deutschen Heeresleitung geht jedoch nicht auf, denn nach der Versenkung mehrerer US-Handelsschiffe (Waffentransporter), führt der verhängnisvolle deutsche U-Boot-Krieg schließlich zum nordamerikanischen Kriegseintritt (6.04.1917).

### 14.02.1917

**Rußland:** In einer Note des russischen Außenministers vom 14. Februar 1917 an den französischen Botschafter in Petersburg heißt es (x243/10): >>Euer Exzellenz (waren) so freundlich, der kaiserlichen Regierung mitzuteilen, daß die Regierung der Republik beabsichtige ...

1. Elsaß-Lothringen wird an Frankreich zurückgegeben.
2. ... Das ganze Eisenerzrevier Lothringens und das ganze Kohlenbecken des Saarreviers (werden) einverleibt. ...
3. Die übrigen linkrheinischen Gebiete ... sollen von Deutschland ganz abgetrennt (werden). ...
4. Die linksrheinischen Gebiete, die ... nicht einverleibt werden, sollen ein autonomes und neutrales Staatswesen bilden und von französischen Truppen besetzt bleiben, bis die feindlichen Reiche endgültig alle Bedingungen (des Friedensvertrages) erfüllt haben werden. ...<<

### 05.03.1917

**Großbritannien:** US-Botschafter Walter Hines Page (1855-1918) telegraphiert am 5. März 1917 aus London an US-Präsident Wilson (x243/10, x340/61): >>... Vielleicht ist unser Eingreifen in den Krieg der einzige Weg, auf dem unsere hervorragende geschäftliche Lage erhalten und eine Panik (US-Rezession bzw. US-Depression) abgewendet werden kann. Das Unterseeboot hat den letzten Ausschlag gegeben für die Gefahr eines Weltfinanzkrachs. ...<<  
>>Der Druck der herannahenden Finanzkrise übersteigt nunmehr die Leistungsfähigkeit des Hauses Morgan für die britische und die französische Regierung. ... Es ist nicht unwahrscheinlich, daß der einzige Weg, um unsere hervorragende Handelslage aufrechtzuerhalten und eine Panik zu vermeiden, die Kriegserklärung an Deutschland darstellt.<<

### **08.03.1917**

**Rußland:** Die zahlreichen militärischen und sozialen Katastrophen sowie die allgemeine russische Kriegsmüdigkeit führen schließlich vom 8. bis zum 15. März 1917 zur russischen Revolution und zum Sturz des Zaren.

### **11.03.1917**

**Ententemächte:** Frankreich und Rußland vereinbaren während ihrer Geheimverhandlungen am 11. März 1917 die Aufteilung des Deutschen Reiches: Frankreich soll demnach Elsaß-Lothringen und das Saargebiet erhalten, während Rußland seine westlichen Grenzen "selbst bestimmen" kann. Der Rest des Deutschen Reiches soll als "Pufferstaat" dienen (x041/69).

**Persien:** Nach dem Abzug der russischen Truppen besetzen die Briten ab 11. März 1917 sämtliche persischen Gebiete.

### **15.03.1917**

**Rußland:** Die französisch-russischen Aufteilungspläne des Deutschen Reiches können nicht mehr realisiert werden, weil der russische Zar während der "März-Revolution" durch den russischen Justizminister Alexander Kerenski (1881-1970, letzter kaiserlicher Ministerpräsident und erster Staatspräsident der demokratischen Republik Rußland) gestürzt wird und am 15. März 1917 abdanken muß.

Während der "Februarrevolution" in Petrograd sterben 602 Soldaten, 587 Zivilisten, 73 Polizisten und 53 Offiziere (x191/14). Der Sozialist Alexander Kerenski gründet danach eine demokratische Republik.

Der deutsche Historiker Reinhard Wittram (1902-1973) schreibt später über die russische "Februarrevolution 1917" (x245/109): >>... Es war nicht die Revolution der Dumaparteien, so wenig es eine Revolution der Sozialisten war, nicht eine Revolution der Bauern, die erst später von ihr erreicht wurden, und nicht eine Revolution des Bürgertums, als die man sie zu interpretieren begann, auch nicht eine bürgerliche Revolution.

Es war ein durch elementare Notstände bewirkter Massenaufstand, der leicht und rasch Erfolg hatte, weil der größte Teil der Masse bewaffnet war, weil die Soldaten und die Dumaparteien im Verlangen nach demokratischer Freiheit übereinstimmten und weil in der Auflehnung der Soldaten ein klassenkämpferisches Potential steckte.

Was zunächst nur in Petrograd geschah, fand stärksten Widerhall im ganzen Lande. Wohin diese noch unausgeformten Tendenzen sich wenden würden, war offen. ...<<

### **16.03.1917**

**Rußland:** Die Provisorische Regierung erklärt am 16. März 1917 nach der Abstimmung mit dem Exekutivkomitee des Arbeiter- und Soldatenrates (x149/14): >>Das Kabinett wird sich in seiner Tätigkeit durch folgende Grundsätze leiten lassen:

1. sofortige Vollamnestie für alle politischen und religiösen Vergehen, darunter terroristische Attentate, Militäraufstände, Agrarrevolten usw.;
2. Redefreiheit, Pressefreiheit, Vereinigungs- und Versammlungs- sowie Streikfreiheit, mit Ausdehnung der politischen Freiheiten auf die Angehörigen des Heeres im Rahmen der militärisch-technischen Möglichkeit;
3. Aufhebung aller ständischen, konfessionellen und nationalen Beschränkungen;
4. sofortige Vorbereitung der Einberufung einer Konstituierenden Versammlung, die auf Grund des allgemeinen gleichen direkten geheimen Wahlrechts gewählt werden und die zukünftige Staatsform und Verfassung bestimmen soll;
5. Ersetzung der Polizei durch eine Volksmiliz mit gewählten Diensträngen, die den Organen der örtlichen Selbstverwaltung unterstellt sind;
6. Wahlen zur örtlichen Selbstverwaltung auf Grund des allgemeinen gleichen direkten geheimen Wahlrechts ...<<

Lenin schreibt später in seiner Schrift "Staat und Revolution" über das Schicksal der Proviso-

rischen Regierung Rußlands (x149/15): >>Wir setzen uns als Ziel die Vernichtung des Staates, d.h. jeder organisierten und systematischen Gewalt, jeder Gewaltanwendung gegen Menschen überhaupt.

... Indem wir zum Sozialismus streben, sind wir überzeugt, daß er in den Kommunismus hineinwachsen wird, und im Zusammenhang damit wird jede Notwendigkeit der Gewaltanwendung gegen Menschen überhaupt, die Unterordnung eines Menschen unter den anderen, verschwinden. ...

Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere. Dem entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann als die revolutionäre Diktatur des Proletariats. ...

Zugleich ... bringt die Diktatur des Proletariats eine Reihe von Freiheitsbeschränkungen für die Unterdrückten, die Ausbeuter, die Kapitalisten. ...

Erst in der kommunistischen Gesellschaft, wo der Widerstand der Kapitalisten endgültig gebrochen ist, ... wo es keine Klassen mehr gibt, erst da hört der Staat auf zu bestehen und kann von Freiheit die Rede sein. ...<<

**24.03.1917**

Österreich-Ungarn: Ungeachtet der bisherigen Nibelungentreue des Deutschen Reiches bittet Kaiser Karl I. am 24. März 1917 seinen Schwager (Prinz Sixtus von Parma-Bourbon) per Brief, geheime Friedensverhandlungen mit Frankreich und England zu führen (x267/228-230): >>Mein lieber Sixtus!

Das dritte Jahr dieses Krieges, welcher der Welt soviel Trauer und Schmerzen gebracht hat, nähert sich dem Ende. ... Niemand wird die militärischen Erfolge leugnen können, welche meine Gruppen, insbesondere auf dem balkanischen Kriegsschauplatz, errungen haben.

Frankreich hat seinerseits eine große Widerstandskraft und einen prachtvollen Elan gezeigt. Wir alle bewundern rückhaltlos die herrliche, traditionelle Tapferkeit seiner Armee und den Geist der Aufopferung im ganzen französischen Volk. Daher ist es mir besonders angenehm, zu sehen, daß, obgleich wir derzeit Gegner sind, keine wirkliche Verschiedenheit in den Auffassungen und Bestrebungen mein Reich von Frankreich trennt und daß ich berechtigt bin zu hoffen, daß meine lebhaften Sympathien für Frankreich, vereinigt mit jenen, die in der ganzen Monarchie herrschen, für alle Zukunft der Wiederkehr des Kriegszustandes, für welchen mich keine Verantwortung treffen kann, verhüten werden.

Zu diesem Zweck und um die Wirklichkeit dieser Gefühle genau auszudrücken, bitte ich Dich, geheim und inoffiziell Herrn Poincaré, dem Präsidenten der französischen Republik, zur Kenntnis zu bringen, daß ich mit allen Mitteln und unter Anwendung meines ganzen persönlichen Einflusses bei meinen Verbündeten die gerechten Rückforderungsansprüche Frankreichs mit Bezug auf Elsaß-Lothringen unterstützen werde.

Was Belgien betrifft, so muß seine Souveränität wiederhergestellt werden; es muß seine gesamten afrikanischen Besitzungen behalten. Hiermit soll der Frage der Entschädigungen nicht vorgegriffen werden, die es für erlittene Verluste wird erhalten können.

Serbien wird in seiner Souveränität wiederhergestellt werden. Als Beweis für unsern guten Willen sind wir geneigt, ihm nach Billigkeit einen natürlichen Zugang zum Adriatischen Meere ebenso wie weitgehende wirtschaftliche Vorteile zuzusichern ...

Die Ereignisse in Rußland zwingen mich, meine Gedanken bis zu dem Tage vorzubehalten, an welchem dort eine gesetzliche und definitive Regierung eingesetzt sein wird.

Nachdem ich Dir in dieser Weise meine Gedanken auseinandergesetzt habe, möchte ich Dich bitten, daß Du mir Deinerseits nach Rücksprachen mit den beiden Mächten vorerst die Meinung Frankreichs und Englands mitteilst, um so das Terrain für ein Einvernehmen vorzubereiten, auf dessen Grundlage offizielle Besprechungen eingeleitet und zur Befriedigung Aller

geführt werden könnten. ...<<

#### **02.04.1917**

USA: Präsident Wilson erklärt am 2. April 1917 während einer Rede vor dem US-Kongreß (x056/137): >>... Der gegenwärtige deutsche U-Bootkrieg gegen den Handelsverkehr ist ein Krieg gegen die Menschheit. ...

Unser Ziel ist es, die Grundsätze des Friedens und der Gerechtigkeit gegen selbstsüchtige und autokratische Gewalt zu verteidigen. ...

Das Recht ist kostbarer als der Friede, und wir werden für die Dinge kämpfen, die unseren Herzen immer am nächsten waren - für die Demokratie, ... für die Rechte und Freiheiten kleiner Nationen, für eine weltumspannende Herrschaft des Rechts durch ein Konzert freier Völker, das Frieden und Sicherheit für alle bringen und schließlich die Welt selbst befreien wird. ...<<

US-Präsident Wilson fordert den nordamerikanischen Kongreß am 2. April 1917 auf, Deutschland den Krieg zu erklären (x068/177-178): >>... Wir haben keinen Streit mit dem deutschen Volk ... Wir haben ihm gegenüber keine anderen Gefühle als Sympathie und Freundschaft ... Wir haben keine egoistischen Ziele, keine Eroberungsabsichten oder Herrschaftsansprüche. Wir suchen keine materielle Entschädigung für die Opfer, die wir freiwillig bringen werden. Wir kämpfen nur für die Menschenrechte ...

Es ist furchtbar, dieses große und friedliche Volk in den Krieg führen zu müssen ... Aber das Recht ist wertvoller als der Frieden und wir werden für die Ideale kämpfen, die uns immer am meisten am Herzen gelegen haben ...

Dieser Aufgabe weihen wir unser Leben, unser Glück und alles, was wir sind und was wir haben. Wir sind stolz darauf zu wissen, daß der Tag gekommen ist, an dem Amerika das Vortrecht hat, sein Blut und seine Kräfte für die Grundsätze hinzugeben, denen es seine Geburt und sein Glück verdankt, für den Frieden, der ihm teuer ist.

Mit Gottes Hilfe kann es nichts anderes tun ...<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über die antideutsche Politik des US-Präsidenten Wilson (x068/178-181): >>... Alles fand sich hier, um Menschen guten Willens zu begeistern, zu entflammen: reine Selbstlosigkeit, keine Spur von schnödem Egoismus, von Macht, von Geldgier, keine Eroberungs-, keine Herrschaftsgelüste.

Nur Opfer, freiwillige Opfer, versteht sich, lauterste, für die gute, die beste Sache, für die Rechte, die Menschenrechte, die höchsten Ideale, ja, Sympathie gar und Freundschaft für die Feinde.

Und alles mit Gottes Hilfe ...

Gott, wer möchte da nicht mitkämpfen, wer nicht augenblicklich sein Blut verspritzen! Der Kongreß, zu alt zwar, zu kostbar, um selbst zu fechten, konnte leider nur andere (für sich) fechten lassen und jubelte. Ja, Demokraten wie Republikaner applaudierten. ...

Und wirklich – hatte es je eine freundschaftlichere Kriegsbotschaft gegeben? Je edlere Gründe für einen Krieg? Je eine zu tätigende größere Tugendübung? Ein menschenfreundlicheres Werk? Es war eine Rede in jenem grandiosen Yankee-Stil, den man da seit den Tagen der Jefferson und Lincoln kultivierte, eine Heuchelei, die in Yankeebrüsten vielleicht gar nicht mehr empfunden wird, so tief schon ist sie eingedrungen durch Mark und Bein ins innerste Gemüt – ein Puritanererbe eben.

Auch Premier Asquith, ein Earl von Oxford und Asquith, vom gleichen Erbe begnadet, erkannte denn sofort im Unterhaus in der amerikanischen Kriegserklärung an Deutschland am 6. April 1917, ohne wie er betonte, jede Schmeichelei und Übertreibung, "eine der uneigennützigsten Handlungen der Geschichte". Der König und die Königin von England nahmen an einem feierlichen Dankgottesdienst in der Sankt-Pauls-Kathedrale teil.

Und Wilson, der "Friedensengel" wurde zum totalen Krieger, zum Bundesgenossen eines Chauvinisten wie Clemenceau, eines Lloyd George (der Asquith im Dezember 1916 als Ministerpräsident verdrängte), die nun beide die Notwendigkeiten eines totalen Sieges propagierten. Denn Wilson fürchtete eine Weltherrschaft Deutschlands.

Die Welt aber wollten die USA beherrschen. Schließlich hatte dort seit zwei Jahrzehnten eine gewisse Führungsgruppe auf einer expansiven Weltpolitik bestanden, nicht zuletzt aus ökonomischen Gründen, genauer Schwierigkeiten.

Die USA trieben seinerzeit Deutschland auch immer mehr dazu, seine "autokratische" Regierung zu stürzen. Auch dies sollte es natürlich schwächen. In seiner den Kriegseintritt begründenden Rede sagte Wilson: "Die Bedrohung des Friedens und der Freiheit der Völker liegt in dem Dasein autokratischer Regierungen." Diese könnten Demokratien weder auf Dauer "Treue halten" noch "ihre Gesetze beachten".

Und am 27. August beschimpfte der Präsident gegenüber dem frankophilen Papst Benedikt XV. die deutsche Regierung als "unverantwortliche Regierung", "unbarmherzige Beherrscherin des deutschen Volkes", als "rasende, brutale Macht", mit der keine Friedensverhandlungen möglich seien. Völlig zutreffend nannte dies der französische Botschafter Jusserand "eine direkte und dringliche Einladung an das deutsche Volk, sich seiner Regierung zu entledigen."

Wilson unterschied zeitweise zwischen Regierung und Volk; zwischen dem monarchischen, autokratischen, wilhelminischen Deutschland, dem Deutschland des "preußischen" Militarismus, des Imperialismus, und dem "anderen" Deutschland, zu dem er bevorzugt die Sozialdemokratie zählte. Dann freilich gab er diese Differenzierungen auf und bekämpfte die Deutschen überhaupt, nicht nur ihre Obrigkeiten.

Nun hatte die US-Regierung aber nicht nur Probleme mit dem deutschen Volk, sondern auch mit dem eigenen. Breite Kreise waren durchaus nicht kriegsbegeistert, und zwar nicht nur Deutsch- und Iro-Amerikaner, von Wilson-Vorgänger Roosevelt gehässig "Hyphenate Americans" (Bindestrich-Amerikaner) genannt. Das Volk ist moralisch (besser: unmoralisch) auf den Krieg überhaupt nicht vorbereitet gewesen. Selbst unter den Politikern stimmten noch bei der Kriegserklärung 6 Senatoren und 50 Abgeordnete dagegen.

### **Kriegshetze und Hexenjagd**

Erst mit Hilfe einer großangelegten Propagandakampagne wurden die Massen ideologisch korrumpiert und aufgeputscht. Ein eigens geschaffenes öffentliches Informationskomitee hatte die Aufgabe, sie umzuerziehen.

Schriftsteller und Gelehrte stellten sich in den Dienst der Massenverdummung und Massenverrohung. Nicht weniger als 75.000 "Vier-Minuten-Männer" (nach den "minute men" des Unabhängigkeitskrieges benannt) wurden auf das Volk losgelassen - heute macht das alles die Glotze - und bearbeiteten in 7.500.000 Reden 315.000.000 Zuhörer, spiegelten ihnen noch die grotesksten Greuel ihrer Gegner, auf der eigenen Seite aber einen Kreuzzug für die Demokratie vor, wie der Präsident (make the world safe for democracy) schon in seiner Kriegserklärung.

Man peitschte die Massen in eine regelrechte Kriegspsychose hinein. Es kam zu hysterischen Attacken auf Pazifisten, Nonkonformisten auf alle suspekten "Elemente".

Dabei riß die Regierung dieser ach so freien Staaten eine Kontrolle nach der anderen an sich. Sie filzte verdächtige Schriften ebenso wie die Eisenbahnen, Wasserwege, den Expreßdienst (Espionage Act, Railroad Administration). Sie führte höhere Steuern ein, sogar, man staune, eine Besteuerung übermäßiger Gewinne, was immer man darunter verstehen mochte oder wollte, auch eine sogenannte Luxussteuer (War Revenue Act). Natürlich kontrollierte sie die Auslandspost, den Auslandshandel und beanspruchte auch das Recht, das Eigentum feindlicher Staatsangehöriger zu kassieren. Ja man stellte nicht nur die Unterstützung des Feindes, sondern schon "jede Form der Kritik an den Kriegsanstrengungen" unter schwere Strafen

(Trading with the Enemy Act, Sedition Act).

Einzelne Staaten schufen noch spezielle Gesetze für die "Hexenjagd". Doch löste man da und dort auch die Justiz oder sogenannte Justiz gleich durch Selbstjustiz ab - was stets viel Papierkram, viel Bürokratismus erspart und den Staat entlastet: zumal er ja gerade in Kriegszeiten überstrapaziert ist durch Vollstreckung der Gerechtigkeit auch außerhalb seiner Grenzen. Und natürlich heulte, vorsichtig gesagt, auch ein Teil der Geistlichkeit mit den Schakalen. So mancher Gottesmann wollte jeden für unamerikanische Äußerungen kurzerhand aufgehängt sehen. Schon ein deutscher Name genügte nicht selten für die schwersten Verdächtigungen selbst der unbescholtensten Bürger.

Hausdurchsuchungen, Verhaftungen, Verurteilungen waren alltäglich, gegen jede Art von Feindunterstützung. "Wehrkraftzersetzung", ging man unnachsichtlich vor, als wäre man in Deutschland und schriebe schon 1939. Eine rigorose Zensur knebelte die Meinungsfreiheit. Sozialistische Blätter, die zur Besonnenheit mahnten, wurden vom Postvertrieb ausgeschlossen und derart systematisch ruiniert. Überall fahndete man nach Spionen, Saboteuren, ein widerliches Schnüffeln begann, wobei man die Bevölkerung ganz bewußt einbezog. Das zwischenmenschliche Klima wurde vollständig vergiftet.

Das Land der Freiheit verprügelte, teerte, federte, man sperrte ein, beschmierte die Häuser Verdächtiger mit gelber Farbe, zwang Unpatriotische kniend die Bundesfahne zu verehren oder hohe Kriegsanleihen zu zeichnen. Man sprach auch nicht mehr von Sauerkraut (ein deutsches Fremdwort im Englischen), sondern von "Liberty cabbage" (Freiheits-Kohl). Und statt "German measles" sagte man "Liberty measles". Ja, der so friedfertige Demokrat Wilson wollte seine Gegner in den USA und außerhalb "zermalmen" und drohte: "Gewalt, Gewalt, bis zum Äußersten, Gewalt ohne Maß und Schranke".

Doch niemand mache den Präsidenten schlechter als er war. Niemand unterstelle ihm mehr Heuchelei als er hatte, mehr Ausreden als er auch sich vermutlich vorzugaukeln verstand. Ging er doch sogar mutig gegen die von ihm selbst heraufbeschworene Kriegshysterie an, tat er "zumindest sein Bestes, um die Kriegsziele auf ein ethisches Niveau zu heben" - oh, wie schön das gleich klingt!

"Den noch zögernden Amerikanern und der Welt gab er Hoffnung", nun worauf wohl? Auf die Zeit "nach dem Kriege" natürlich! Denn es ist immer wichtig, im Krieg auf die Zeit danach, für die man ja Krieg führt, hinzuweisen, nachdrücklich; so wie im Leben etwa schon hinzuweisen auf das Leben danach, weil man doch jenes überhaupt nur für dieses führt: wobei die Nachkriegszeit immerhin kommt, jedenfalls bisher immer gekommen ist ...

Ja, Amerika und der Welt gab der zum Krieg trommelnde Pazifist die Hoffnung, "daß nach dem Kriege eine internationale Völkervereinigung zur Erhaltung des Friedens geschaffen würde" - was ja allein jeden Krieg schon lohnt, wird dadurch etwas für den künftigen Frieden getan, für die Zeit vor dem nächsten Krieg - und auch sie muß wieder überstanden werden ... So wurde durch Wilson sogar "der pazifistische Idealismus für die Kriegsanstrengungen angeworben" (A. Maurois). Respekt, Respekt! ...<<

#### **06.04.1917**

**USA:** Die Vereinigten Staaten von Amerika treten am 6. April 1917 in den Ersten Weltkrieg ein.

Der Kriegseintritt Nordamerikas bringt endgültig die Wende des Krieges. Die US-Wirtschaftsmacht führt den bereits ermatteten, kriegsmüden britisch-französischen Verbündeten danach schier unerschöpfliche Kriegsmaterial- und Truppenverstärkungen zu, so daß die Überlegenheit der Ententemächte von Tag zu Tag größer wird. Die großen US-Geleitzüge bringen jetzt noch mehr schwere Waffen (vor allem Panzer), Versorgungsgüter und ausgeruhete Truppen nach Europa. Ununterbrochen treffen neue Waffen-, Munitions- und Truppentransporte in England und Frankreich ein.

Nordamerika greift in erster Linie aus wirtschaftlichen und machtpolitischen Gründen in den Ersten Weltkrieg ein. Die US-Wirtschaft beliefert die Westmächte bereits seit etwa 1915 mit Kriegsgütern, denn ein Sieg der Mittelmächte soll angeblich die großen US-Kapitalanlagen in England und Frankreich gefährden.

Winston S. Churchill (1874-1965, während des Ersten Weltkrieges u.a. britischer Marineminister) berichtet später im "New York Enquirer" (x068/199): >>Amerikas Kriegseintritt 1917 war ein unseliger Schritt. Wäret Ihr zu Hause geblieben und Euren eigenen Geschäften nachgegangen, dann hätten wir im Frühjahr 1917 mit den Zentralmächten Frieden geschlossen. ...<<

Wenn sich die Vereinigten Staaten von Amerika damals nicht aus wirtschaftlichen und machtpolitischen Gründen in den Ersten Weltkrieg eingemischt hätten, wäre es angesichts der unentschiedenen militärischen Lage und der hohen Verluste (allein während der strategisch völlig sinnlosen Kämpfe um Verdun von Februar bis Dezember 1916 fielen mindestens 335.000 Deutsche und 360.000 Franzosen) noch im Dezember 1916 oder im Januar 1917 zu einem Waffenstillstand ("Erschöpfungsfrieden") im Osten und Westen gekommen. Die europäischen Kriegsparteien hätten sich danach notgedrungen auf einen maßvollen Verständigungsfrieden (Wiederherstellung der Vorkriegslage und angemessene Entschädigungen für Sachschäden in den Kampfgebieten) geeinigt. Die Geschichte des 20. Jahrhunderts hätte sicherlich einen völlig anderen Verlauf genommen:

Aufgrund des "Erschöpfungsfriedens" im Dezember 1916 oder im Januar 1917 wären z.B. folgende Ereignisse vermieden worden:

In den Jahren 1917 bis 1918 wären Millionen von Soldaten nicht mehr gefallen oder verwundet worden.

Die bolschewistische Revolution in Rußland wäre im Jahre 1917 gescheitert und es hätte kein gewaltsames Ende des Zarentums, keinen verlustreichen Bürgerkrieg, keine Gründung der UdSSR sowie keine stalinistische Gewaltherrschaft gegeben.

Im Deutschen Reich wäre die konstitutionelle Monarchie vermutlich durch eine parlamentarische Monarchie ersetzt worden.

Die Donaumonarchie hätte die slawischen Völker nach und nach in die Unabhängigkeit (Beispiel: "British Commonwealth of Nations") entlassen müssen.

Im Verlauf der "Hungerblockade" von November 1918 bis Juli 1919 wären nicht mehr als 300.000 deutsche Zivilisten verhungert.

Die völkerrechtswidrige "Friedenspolitik" ("Pariser Vorortverträge") hätte Deutschland und viele andere europäische Staaten nicht ins wirtschaftliche und politische Chaos gestürzt.

Die jahrhundertealten europäischen Macht- und Kräfteverhältnisse hätten sich nicht schlagartig grundlegend geändert, so daß die Vereinigten Staaten von Amerika erst wesentlich später eine Superwirtschafts- und Militärweltmacht geworden wäre.

Der Siegeszug der Diktaturen, der ab 1920 in fast allen neugegründeten Staaten und in zahlreichen europäischen Ländern erfolgte, hätte in diesem Umfang nicht stattgefunden.

Hitlers nationalsozialistische Bewegung, den Zweiten Weltkrieg, die Ermordung der europäischen Juden und die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa hätte es nicht gegeben.

Erneute Konflikte wären vermutlich auch nach einem vorzeitigen Ende des Ersten Weltkrieges entstanden, aber sie hätten sicherlich nicht die Ausmaße des späteren Zweiten Weltkrieges von 1939-45 erreicht.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über den Kriegseintritt der USA im Jahre 1917 (x068/183-187): >>... Eine wichtige, vielleicht sogar entscheidende Rolle für den Kriegseintritt der USA - wovon man freilich nur sehr selten etwas liest - spielt das New Yorker Bankhaus Kuhn, Loeb & Co., genauer ein Bankkollektiv unter seinen Leitern Jakob H. Schiff, den (besonders bedeutsamen) Brüdern Paul M. Warburg

(gest. 1924) und Felix M. Warburg (gest. 1938), der u.a. an den europäischen Rothschildbanken beteiligt war, den Bankiers Otto H. Kahn, Mortimer Schiff, Jerome H. Hanauer sowie einem Mitglied der Guggenheim-Familie, an deren Spitze der "Kupferkönig" stand.

Das Bankhaus, im späten 19. Jahrhundert von jüdischen Einwanderern aus Deutschland gegründet, war mit seinen führenden Köpfen den (durchschnittlichen) Politikern weit überlegen, teilweise sogar hochgebildet, was besonders für die Warburgs gilt, die auch namhafte Vertreter des geistigen Lebens stellten, den Kunst- und Kulturhistoriker Aby Warburg, den Begründer der Warburg-Bibliothek (erst in Hamburg, seit 1933 in London); den Botaniker Otto Warburg; den Zellphysiker und Nobelpreisträger (1931) Otto Heinrich Warburg.

Die Bankiers des Kapitalkollektivs waren Großspekulanten, vielleicht ein bißchen "bescheidener" sogar als andere, aber sicher auch ein bißchen klüger und glücklicher. Im Schatten der Topfiguren des Metiers machten sie zunächst ihre Manöver, Transaktionen. Im dubiosen, undurchsichtigen Bereich des großen Geldes entwickelten sie Strategien, Spekulationen, verfolgten sie in den diversen Verzweigungen der Hochfinanz zwischen Risiko und Reiz, Verlockung und Gefahr, ihren Vorteil, schnappten die Beute und verschlangen sie.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts rivalisierte Jakob H. Schiff, samt den Harrimans, mittels einer "berühmten" Aktienspekulation auf Eisenbahnen scharf mit dem "Finanzkönig" John Piermont Morgan I. Es wurde ein zwar unentschieden bleibender Fischzug, bei dem nur das breite Publikum verlor, aber Jakob H. Schiff hatte den Star aller Spekulanten beeindruckt. In künftigen Pokerrunden der Spitzenbanker rückten er und sein Kollektiv dem Riesen näher; bis 1917 der entscheidende Coup gelang, die dauernde Verbindung mit Morgan & Co., dem größten Finanzkonzern der Welt, wodurch man selbst einen Giganten wie Rockefeller mit der Standard Oil, die bisher größte globale Vermögensakkumulation, hinter sich ließ.

Trotz seiner gewaltigen Geldmacht war Morgan in der Vorkriegszeit, wie so viele, in zunehmende Schwierigkeiten geraten, in Prestigeverlust, vor allem durch das Fiasko einer Kartellierung diverser Eisenbahnunternehmen, das ungezählte Tausende um ihr Geld gebracht hatte, eine groß angelegte Gaunerei, für die jetzt der Kriegsausbruch in Europa verantwortlich gemacht worden ist. Auch sonst erwies sich das Gemetzel jenseits des Ozeans als großes Glück für den US-Geldhai, der als "offizieller Finanzagent der Alliierten" die Millionen nur so schefelte.

Als aber die vermittelten Kredite bis auf eineinhalb Milliarden geklettert waren und die deutschen Kriegserfolge schwindelnde Summen in Rauch aufzulösen schienen, Morgan auch sonst Kummer hatte, u.a. über den Absatz von Eisenbahnaktien im Wert von 400 Millionen Dollar (schon der hl. Augustinus hatte beredt die von Sorgen gequälten Reichen geschildert - und den Armen die "arbeitsreiche Armut" empfohlen), da mußte Morgan handeln.

Er akzeptierte jetzt die Partnerschaft seines zähen Konkurrenten Kuhn, Loeb & Co., wobei Jakob H. Schiff zur Erreichung seines Zieles die eventuelle Finanzierung Deutschlands bei Wilson ins Spiel gebracht hatte und mit dem Präsidenten umgesprungen war "wie mit einer Figur auf dem Schachbrett". Und den nächsten Zug sozusagen machte dann Schiffs Partner Morgan oder, genauer, der von diesem für ein Jahressalär von 25.000 Dollar gekaufte amerikanische Gesandte in London, Walter Hines Page.

Der bestochene Diplomat schickte seinem Präsidenten am 5. März 1917, einen Monat vor der Kriegserklärung an Deutschland, aus London jene berüchtigte Depesche, worin er den Kriegseintritt der USA für unerlässlich hielt zur Rettung der Alliierten, des amerikanischen Geldes und der amerikanischen Wirtschaft; andernfalls folge der augenblickliche Zusammenbruch.

Nun verlangten seinerzeit die USA - die ja ohnedies das größte Geschäft, bei weitaus geringsten Verlusten, durch das allgemeine Schlachten machten und gerade dadurch zur Weltmacht aufstiegen (und England entthronten) - für ihre Hilfe noch einen ganz speziellen Preis. Und



dieser spezielle Preis, den man von Großbritannien für die amerikanische Kriegsbeteiligung forderte, bestand in der Errichtung eines jüdischen Staates in Palästina. Nach Absprache mit Chaim Weizmann, dem nachmaligen Staatspräsidenten Israels (1948-1952), sicherte der britische Außenminister Earl of Balfour ein "national home" in Palästina zu, wobei freilich alle politischen, rechtlichen, rassischen und religiösen Interessen der dortigen nichtjüdischen Bevölkerung strikt gewahrt werden sollten. Am 2. November 1917 wurde die Balfourdeklaration veröffentlicht.

Hinter diesem ganzen so folgenschweren Projekt aber standen Männer und Mächte, die zu den einflußreichsten Beratern des amerikanischen Präsidenten zählten. Eine so markante Figur etwa im Obersten Gericht wie Louis Dembitz Brandeis. Oder Amerikas früherer Botschafter in der Türkei, Henry A. Morgenthau.

Vor allem aber das Bankhaus Kuhn, Loeb und seine Partner, besonders der Finanzmagnat Bernard M. Baruch, an den zu erinnern auch in anderem Zusammenhang nützlich ist. ...

Der Wallstreet-Bankier Bernard M. Baruch gehörte zum Kreis der Partner des Bankhauses Kuhn, Loeb & Co. Er war zugleich aber mit dem "Kupferkönig" Guggenheim verbunden, dem Mitglied einer von St. Gallen nach den USA ausgewanderten jüdischen Familie. Und er war ein enger Freund und Berater Präsident Wilsons. Seit Amerikas Kriegseintritt leitete Baruch das Kriegsindustriamt (War Industry Board) und war damit verantwortlich für alle wirtschaftlichen Leistungen der Kriegsindustrie, natürlich auch für den Kauf von Kriegsmaterial. Er hat von sich selbst gesagt, mehr Macht besessen zu haben als je eine Einzelpersonlichkeit in der Geschichte, und später vor dem Senat bekannt, daß 10 Milliarden Dollar zur Finanzierung des Sieges über Deutschland durch seine Hand gegangen seien.

Auch durch die Hände einiger, die ihn unterstützten.

Einiger Wirtschaftskapitäne beispielsweise, die stracks ihre Fabriken aufgaben, einstweilen sie ihrem Management überließen, um gleichfalls die Millionen und Milliarden durch ihre Finger gleiten zu lassen; sie zu verteilen für Arbeitskräfte, Aufträge, Dringlichkeitsunterstützungen. Alles aus purem Patriotismus, versteht sich, reinem Pflichtgefühl, edler Selbstlosigkeit, wie denn schon ihre Benennung sagte, "dollar a year men". Arbeiteten sie doch, man denke, für einen einzigen Dollar pro Jahr - und niemals dürfte eine geringere Bezahlung mehr eingebracht haben.

Nun war von kriegsentscheidender Bedeutung neben dem Stahl vor allem das Kupfer - im Zweiten Weltkrieg errechnete man, daß ein einziges Schlachtschiff 1.000 Tonnen Kupfer benötigte. Baruch aber hatte schon vor dem Kriegseintritt der USA ein Syndikat von Kupferproduzenten gebildet, dem drei Guggenheim angehörten, die gleichsam über das Kupferkönigtum der Welt fast allein geboten. Und so kauften die USA während des Ersten Weltkrieges von Kupferlieferanten durch Baruch, den Chef des Kriegsindustriamtes und Schatzkanzler der Guggenheim, mehr als 660 Millionen Pfund Kupfer; zunächst, gegenüber den Gestehungskosten, für die Verkäufer mit hundert-, dann mit zweihundertprozentigem Gewinn.

Die Stahlerzeugung aber war durch raffinierte Transaktionen größtenteils in den Besitz von Morgan & Co. gelangt und, zumal im Krieg, ebenfalls eine märchenhafte Geldquelle. Es ist klar, daß die US-Finanzgiganten gar kein Interesse an einer raschen Niederlage Deutschlands hatten. Je länger es blutete, desto mehr verdienten sie. In diesem Sinn animierte denn auch Morgans maßgeblicher Mann, Thomas Lamont, die Präsidenten der Wallstreet-Banken, den Krieg zu verlängern.

Eben damit war ihnen aber einer bereits zuvorgekommen: Jakob H. Schiff, dessen Interesse im Besonderen dem deutsch-russischen Konflikt galt. ...<<

**07.04.1917**

**Deutsches Reich: Kaiser Wilhelm II. beauftragt am 7. April 1917 den deutschen Reichskanzler, die Abschaffung des preußischen Klassenwahlrechts vorzubereiten (x245/77):** >>Für die

Änderung des Wahlrechts zum Abgeordnetenhaus sind auf meine Weisung schon zu Beginn des Krieges Vorarbeiten gemacht worden.

Ich beauftrage sie nunmehr, mir bestimmte Vorschläge des Staatsministeriums vorzulegen, damit bei der Rückkehr unserer Krieger diese für die innere Gestaltung Preußens grundlegende Arbeit schnell im Wege der Gesetzgebung durchgeführt werde.

Nach den gewaltigen Leistungen des ganzen Volkes in diesem furchtbaren Kriege ist nach meiner Überzeugung für das Klassenwahlrecht in Preußen kein Raum mehr. Der Gesetzentwurf wird ferner die unmittelbare und geheime Wahl der Abgeordneten vorzusehen haben.  
...<<

#### **09.04.1917**

**Schweiz:** Am 9. April 1917 werden Lenin und andere Führer der Bolschewisten in einem plombierten Eisenbahnwaggon nach Schweden (12.04.1917) und von dort nach Sankt Petersburg (16.04.1917) transportiert (x080/99, x041/70).

Vor allem General Ludendorff (Generalstabschef der 8. deutschen Armee) unterstützt den vermeintlich "glänzenden Plan", Lenin aus dem Schweizer Exil nach Rußland zu bringen, um den innenpolitischen und militärischen Zusammenbruch Rußlands zu beschleunigen. Die deutsche Reichsregierung finanzierte bereits vorher zeitweise Lenins Parteiblatt "Prawda" (x063/544).

Dieser "geniale Schachzug", Lenins Umsturzpläne zu unterstützen, hat letzten Endes verhängnisvolle Folgen, denn er beendet nicht nur die russische Zarenherrschaft, sondern leitet außerdem langfristig den Untergang der Deutschen Ostsiedlung und die vollständige Zertrümmerung des Deutschen Reiches ein.

#### **16.04.1917**

**Rußland:** Als Lenin am 16. April 1917 in Sankt Petersburg eintrifft, ruft er die versammelten Russen zum Kampf gegen den Kapitalismus auf (x128/32): >>Liebe Genossen! Soldaten, Matrosen und Arbeiter!

Ich bin glücklich, in Euch die siegreiche russische Revolution, Euch als die Avantgarde der proletarischen Armee zu begrüßen. ...

Der imperialistische Krieg ist der Beginn eines Bürgerkrieges in ganz Europa. ... Die Stunde ist nicht mehr fern, da auf den Ruf unseres Genossen Karl Liebknecht die Völker ihre Waffen gegen ihre kapitalistischen Ausbeuter wenden werden. ... Die Morgenröte der sozialistischen Weltrevolution hat schon begonnen. ... In Deutschland brodeln alles. Der ganze europäische Kapitalismus kann jeden Tag zusammenbrechen, wenn nicht heute, so morgen.

Die von Euch vollzogene russische Revolution hat diesen Zusammenbruch eingeleitet und eine neue Epoche eröffnet.

Es lebe die sozialistische Weltrevolution!<<

#### **Mai 1917**

**Österreich-Ungarn:** Der österreichische Außenminister Graf Czernin führt vom Februar bis Mai 1917 geheime Friedensverhandlungen. Obwohl er eigenmächtig die Abtretung Elsaß-Lothringens anerkennen will, scheitert Czernins diplomatischer Friedensversuch bzw. der österreichische Verrat im Mai 1917 (x041/69).

#### **19.07.1917**

**Deutsches Reich:** Die Mehrheit der deutschen Reichsregierung (Sozialdemokraten und Zentrum) wendet sich am 19. Juli 1917 gegen den sogenannten "Siegfrieden" der deutschen Heeresleitung (x059/24): >>... Der deutsche Reichstag erstrebt einen Frieden der Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker.

Mit einem solchen Frieden sind Gebietsabtretungen, politische, wirtschaftliche und finanzielle Vergewaltigungen nicht vereinbar.<<

**Ostkrieg:** Nach dem Zusammenbruch der russischen Offensive beginnt die deutsch-öster-

reichische Großoffensive. Bei Tarnopol gelingt am 19. Juli 1917 der deutsche Durchbruch. Danach bricht die gesamte russische Südfront zusammen. Bis zum Oktober besetzen deutsche Truppen die Ukraine und Livland.

### **22.07.1917**

**Polen:** Pilsudski wird am 22. Juli 1917 nach Unruhen von den Deutschen festgenommen und inhaftiert. Die Polenpolitik der Mittelmächte ist damit endgültig gescheitert.

**Frankreich:** Einige französische Politiker fordern am 22. Juli 1917 die vollständige Auflösung des Deutschen Reiches.

**Ententemächte:** Die Alliierten sprechen am 22. Juli 1917 erstmals von der Tschechoslowakei.

### **August 1917**

**Rußland:** Der russische Politiker Felix Dserschinski (1877-1926, stammt aus polnischem Adel, seit 1906 Bolschewik, leitet nach der Oktober-Revolution 1917 die Tschecha und von 1922-26 die GPU) schlägt im August 1917 vor, alle Feinde radikal zu bekämpfen (x087/125): >>Könnte man nicht das soziale und politische Kräfteverhältnis in einem Staate radikal ändern? Zum Beispiel durch - die Ausrottung bestimmter Klassen der Gesellschaft? ...<<

### **08.10.1917**

**Deutsches Reich:** Die "Kölnische Volkszeitung" berichtet am 8. Oktober 1917 über die Geheimorganisation der Freimaurer (x345/9): >>... Das Freimaurertum bezweckt, die öffentliche Meinung zu bilden und zu leiten. Es will auf die Regierung des Landes jenen Einfluß haben, welchen guten und mächtigen Institutionen gebührt. Deshalb arbeitet es darauf hin, in die öffentliche Verwaltung, in die legislativen Körperschaften und in die höchsten Stellen der Macht seine eigenen Leute zu bringen.<<

### **02.11.1917**

**Großbritannien:** Am 2. November 1917 erteilt der britische Außenminister Arthur James Balfour (1848-1930, 1902-1905 Ministerpräsident, 1916-1919 Außenminister) Lord Rothschild bzw. dem jüdischen Politiker Chajjim B. Weizmann (1874-1952, ein Führer der zionistischen Organisation) eine offizielle Zusage, in Palästina eine nationale Heimstätte der Juden bzw. einen Judenstaat zu errichten.

In der sog. Balfourerklärung heißt es (x128/361): >>Mein Lieber Lord Rothschild!, zu meiner großen Genugtuung übermittle ich ihnen namens Seiner Majestät Regierung die folgende Sympathie-Erklärung für die jüdisch-nationalen Bestrebungen, die vom Kabinett geprüft und gebilligt worden ist.

Seiner Majestät Regierung betrachtet die Schaffung einer nationalen Heimstätte in Palästina für das jüdische Volk mit Wohlwollen und wird die größten Anstrengungen machen, um die Erreichung dieses Zieles zu erleichtern, wobei klar verstanden wird, daß nichts getan werden soll, was die bürgerlichen und religiösen Rechte bestehender nichtjüdischer Gemeinschaften in Palästina oder die Rechte und die politische Stellung der Juden in irgendeinem anderen Lande beeinträchtigen könnte.

Ich bitte Sie, diese Erklärung zur Kenntnis der zionistischen Föderation zu bringen.<<

Diese Erklärung wird später zur Grundlage des jüdischen Anspruches auf Westpalästina (x073/71).

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die "Balfour-Deklaration" (x051/57): >>Balfour-Deklaration, Erklärung des britischen Außenministers Balfour (1848-1930) in einem Brief vom 2.11.17 an den Zionistischen Weltkongreß, die "Errichtung einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina" nach Kräften zu erleichtern.

Die Balfour-Deklaration wurde von den Zionisten als verbindliche Zusage zur Bildung eines jüdischen Staates auf dem Boden des britischen Mandatsgebiets interpretiert, von den Gegnern nur als Zusicherung des Wohn- und Lebensrechts. Mit Berufung auf die Balfour-

Deklaration versuchten v.a. die im Dritten Reich verfolgten deutschen Juden Einwanderungsgenehmigungen zu erzwingen.

Aus Rücksicht auf die arabische Bevölkerung aber legten die Briten die Balfour-Deklaration sehr eng aus und lehnten in einem Weißbuch vom Mai 39 ausdrücklich eine jüdische Staatsbildung ab.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet später (im Dezember 2018) im COMPACT-Spezial Nr. 20 (x335/17-18): >>**Das Haus zum Roten Schild**

*\_von Daniell Pföhringer*

Sie gelten als erfolgreichste Dynastie aller Zeiten und dienten den Nazis als Beleg für ihre antisemitische Theorie einer "jüdischen Weltverschwörung". Kennzeichnend war von Anfang an ihre Nähe zur Macht - und das Wissen um entscheidende Entwicklungen. ...

Der Erste Weltkrieg markierte einen Wendepunkt für die Dynastie. Nathans Sohn Lionel hatte mittlerweile die Geschäfte in London übernommen, während der 1885 als Lord Rothschild of Tring geadelte Nathaniel - als Baron damit erstes jüdisches Mitglied des Oberhauses in der Geschichte Englands - den englischen Adelszweig begründete. Der historisch bedeutendste Sohn Nathaniels war der Zoologe und Politiker Lionel Walter Rothschild (1868-1937), der als Mitglied der Führung der Zionistischen Internationale offizieller Empfänger des Briefes von Großbritanniens Außenminister Lord Balfour vom 2. November 1917, der sogenannten Balfour-Deklaration, war.

Darin hieß es, die britische Regierung betrachte "die Schaffung einer nationalen Heimstätte in Palästina für das jüdische Volk mit Wohlwollen" und werde "die größten Anstrengungen unternehmen, um die Erreichung dieses Ziels zu unterstützen". Chaim Weizmann, Präsident der zionistischen Weltbewegung und eng mit den Rothschilds verbunden, war zu jener Zeit Berater von Lord Balfour.

Nathaniels Enkel, der 1936 geborene Lord Jacob Rothschild, ist bis heute das Oberhaupt des britischen Zweiges der Familie. 1980 aus dem Bankgeschäft ausgestiegen, gründete er fünf Jahre später die Rothschild Holdings und verdiente Unsummen als Spekulant. Sein Cousin Evelyn Robert de Rothschild beriet als Chef des Londoner Bankhauses in den 1980er Jahren die britische Premierministerin Margret Thatcher bei der ihrer umfassenden Privatisierung von Staatskonzernen und strich dafür Provisionen ein.

Der wohl bekannteste Vertreter des französischen Zweigs der Rothschild-Familie war der Bankier und Industrielle Baron Guy de Rothschild (1909-2007). Nachdem die damals in Paris regierenden Sozialisten 1937 bereits einen Teil des Rothschild-Imperiums verstaatlicht hatten, beschlagnahmte nach der deutschen Besetzung 1940 die mit Hitler kollaborierende Vichy-Regierung unter Marschall Pétain sämtliche Besitztümer der Familie in Frankreich.

Ab 1941 hielt sich Guy de Rothschild in den USA auf, wo auch sein Sohn David geboren wurde. Nachdem er 1944 im Troß Charles de Gaulles nach Frankreich zurückgekehrt war, übernahm er 1949 die wieder ins Eigentum der Familie überführte Rothschild-Bank in Paris, damals größte Privatbank Frankreichs, und gründete die Paris-Orléans Holding (P.O.). Einer seiner Mitarbeiter war der spätere französische Staatspräsident Georges Pompidou. Die Satire-Zeitung *Canard enchaîné* erlaubte sich zu dessen Regierungszeit sogar den Scherz, die Abkürzung RF (République française) stehe in Wirklichkeit für Rothschild Frères - so der Name der Bank des französischen Zweigs bis 1982.

1981 löste die neue sozialistische Regierung unter François Mitterrand eines ihrer Wahlkampfversprechen ein und verstaatlichte verschiedene Industriekonzerne und Großbanken, darunter auch die Rothschild-Bank. Die Familie erhielt eine Entschädigung in Höhe von 100 Millionen Francs und durfte ihre Anteile an internationalen Rothschild-Finanzgruppen, darunter auch die P.O., behalten. Aus Protest gegen die Maßnahme ging Guy de Rothschild erneut nach New York, wo er die Investmentbank Rothschild Inc. gründete.

Später kehrte er wieder nach Paris zurück, da seine Söhne David und Édouard die Rothschild-Bank unter neuem Namen wiedergründen konnten. Der 1942 in New York geborene David de Rothschild führt die Pariser Familienbank, an der er mit 50 Prozent beteiligt ist, bis heute. Seine Cousins Elie und Alain halten die restlichen Anteile. Seit 2008 ist er auch Vorstandschef der Londoner Rothschild-Bank. ...

Schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts war den Rothschilds eine mächtige Konkurrenz in den USA erwachsen. Die Einflußsphären der beiden Finanzdynastien blieben Jahrzehnte voneinander getrennt, bis sich die französische Rothschild-Tochter RIT Partners Capital 2017 mit 37 Prozent in das Vermögensmanagement der Amerikaner einkaufte. Deren 2017 verstorbener Patriarch galt als einflußreichster Strippenzieher hinter den Kulissen der Macht - und der Name der Familie ist bis heute der Inbegriff des US-Kapitalismus: Rockefeller.<<

**06.11.1917**

**Rußland:** Lenin ruft am 6. November 1917 zum gewaltsamen Sturz der russischen Kerenski-Regierung auf (x073/46): >>Genossen!

Ich schreibe diese Zeilen am Abend des 24. (6. November). Die Lage ist äußerst kritisch. Es ist jetzt sonnenklar, daß jetzt jede Verzögerung des Aufstandes den Tod bedeuten würde. Mit der Aufbietung meiner ganzen Kraft mühe ich mich, die Genossen zu überzeugen, daß jetzt alles an einem Faden hängt, daß auf der Tagesordnung Fragen stehen, die nicht durch Konferenzen, durch Kongresse ... entschieden werden, sondern durch die Völker, durch die Masse, durch den Kampf der bewegten Massen. ...

Man muß unter allen Umständen heute abend, heute nacht die Regierung verhaften, indem man die Junker entwaffnet ... Man darf nicht warten!! Man kann alles verlieren!!

Die Geschichte wird eine Verzögerung den Revolutionären nicht verzeihen, die heute siegen können (und bestimmt siegen werden), während sie morgen Gefahr laufen, vieles zu verlieren, ja Gefahr laufen, alles zu verlieren. ...

Die Regierung schwankt, man muß ihr den Rest geben, koste es, was es wolle!<<

Am 6. November 1917 wird die russische Kerenski-Regierung durch die Bolschewisten (Kommunisten) gewaltsam gestürzt. An der russischen "Oktober-Revolution" von 1917 (der westliche gregorianische Kalender wird erst im Februar 1918 in Rußland eingeführt) sind zahlreiche jüdische Revolutionäre maßgeblich beteiligt und besetzen entscheidende Positionen. Zu ihnen gehören z.B. (x043/346): Leo Trotzki (1879-1940, ermordet), Grigorij Sinowjew (1883-1936, hingerichtet) und Lew Kamenew (1883-1936, hingerichtet, enger Mitarbeiter Lenins).

Lenin berichtet später über die russischen Revolutionäre (x043/346): >>... Die Russen sind zu leichtlebig. Sie werden des revolutionären Kampfes zu schnell müde. Die Juden aber geben mit ihrer Hartnäckigkeit und ihrem Fanatismus ausgezeichnete Revolutionäre ab.<<

Leo Trotzki (ein herausragender Redner und Schriftsteller, der u.a. auch die US-Darlehen weiterleitet) gründet und führt später die Rote Armee.

Der deutsche Historiker Günther Stökl (1916-1998) berichtet später über Trotzki's Hauptrolle während der "Oktoberrevolution" im Jahre 1917 (x243/125): >>... Die Seele der Vorbereitungen war ein Mann, den die sowjetische Geschichtsschreibung zur Unperson gemacht hat – Trotzki.

Als Termin war der 25. Oktober (7. November) vorgesehen, an dem der Zweite Allrussische Kongreß zusammentreten sollte. Kein wesentliches Hindernis stellte sich dem Plan in den Weg.

Schon am 22. Oktober (4. November) konnte das militärrevolutionäre Komitee ... es wagen, offen die militärische Militärgewalt zu übernehmen. ... Als Kerenski mit ganz unzulänglichen Kräften – es standen ihm nur die Junker einiger Offiziersschulen und ein Frauenbataillon zur Verfügung – einen letzten Versuch machte, um das Gesetz des Handelns an sich zu reißen und

die Druckerei der bolschewistischen Zeitung sowie die Nevabrücken besetzen ließ, schlug Trotzki los.

Während des Tages und der darauffolgenden Nacht besetzten bolschewistische Truppen und Rote Garden (bewaffnete Arbeitermilizen) alle wichtigen Punkte der Stadt, ohne auf Widerstand zu stoßen. Nur das Winterpalais, in dem sich die Regierung aufhielt, ... fiel erst in der nächsten Nacht – dabei verloren die Angreifer 6 Tote, die einzigen Opfer der Oktoberrevolution in Petrograd – und die anwesenden Minister wurden verhaftet. ...

Zur gleichen Zeit verkündete ein Aufruf Trotzki's den Bürgern Rußlands: "Die Provisorische Regierung ist abgesetzt. Als Organ des Petrograder Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten hat das militärrevolutionäre Komitee, das an der Spitze des Proletariats und der Garnison von Petrograd steht, die Staatsgewalt übernommen."

Die Unauffälligkeit des welthistorischen Ereignisses hat Akteure und Zuschauer gleichermaßen beeindruckt. während der Sturm auf das Winterpalais stattfand, spielten die Theater und fuhren die Straßenbahnen.

Trotzki schreibt später von einer "Stille, schrecklicher als alle Donner der Welt. Lautlos verschob sich der soziale Boden, einer Drehbühne gleich, die die Volksmassen in den Vordergrund hob und die gestrigen Herren in die Unterwelt hinabtrug."

Was emporgehoben wurde, waren in Wahrheit nicht die "Volksmassen", sondern die Partei der russischen Kommunisten unter der Führung Lenins, und hinabgetragen "auf den Kehrichthaufen der Geschichte", wie derselbe Trotzki ihnen nachschrie, wurden fürs erste die russischen Sozialisten – rechte Sozialrevolutionäre, Menschewisten und Bundisten, - die am Abend des 25. Oktober (7. November) den Sowjetkongreß aus Protest gegen das Geschehen verließen.

Damit waren die Bolschewisten unter sich – den linken Sozialrevolutionären, die sich ihnen angeschlossen hatten, kam keine selbständige Bedeutung zu – und Lenin begann zu regieren.

...<<

Die Bolschewisten werden damals durch US-Banken (wie z.B. durch die New Yorker Bankhäuser Kuhn, Loeb & Co., Warburg und andere) finanziell unterstützt.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über die finanzielle Unterstützung der Bolschewisten durch US-Banken (x068/187-188): >>...

Das zaristische Reich kollabierte, die revolutionäre Regierung, ... die rote Armee war zu finanzieren. Jakob H. Schiff, dem Zaren gram wegen der Judenverfolgungen, hatte schon im Russisch-Japanischen Krieg 1905 russische Revolutionäre finanziert und derart zum Sieg der Japaner beigetragen. 1917 aber bezahlte er den bolschewistischen Umsturz, und zwar über Leo Trotzki, der mit der Tochter eines ihm befreundeten Bankiers, Giwotowski, verheiratet war.

Einerseits gelangte derart ein ununterbrochener Geldstrom an die roten Revolutionäre mittels der den Partnern von Kuhn, Loeb & Co. offen stehenden Kredite bei den Rothschildbanken in Paris, London und Petersburg, Lazare Frères, Speyer & Co. und Ginzburg & Co. Andererseits war ja auch die deutsche Heeresleitung zur Unterstützung der russischen Revolution bereit.

Die amerikanischen Partner des Bankhauses Kuhn, Loeb & Co., Felix M. Warburg und Paul M. Warburg, schalteten also ihren in Deutschland lebenden Bruder Max M. Warburg ein. (Er war eng befreundet mit dem deutschen Großindustriellen, dem 1922 ermordeten Reichsminister Walther Rathenau, der ab 1914 die Rohstoffabteilung im preußischen Kriegsministerium leitete und als Verwaltungsratsmitglied in weit über hundert Firmen saß.) Max M. Warburg widmete sich fast nur europäischen Unternehmen und gab über seine Bank das deutsche Geld ins neutrale Schweden, an die Nye-Banken in Stockholm, deren Leiter Oscar Ahlström es den Bolschewisten transferierte.

Man wird in Erinnerung behalten müssen, daß die Finanzierung des Umsturzes in Rußland

und der roten Armee durch die US-Hochfinanz geschah, ja, daß sie auch dort - über Max M. Warburg - ihre Finger im Spiel hatte, wo der deutsche Goldstrom zum Fließen kam, nämlich das Geld des Rheinisch-Westfälischen Syndikats, einer nahezu singulären Industriekonzentration, auf die Max M. Warburg größeren Einfluß hatte als seine Rivalen Thyssen, Stinnes oder Hugenberg.

Trotzkis Position an der Seite Lenins wurde durch seine kapitalistischen Verbindungen beträchtlich verstärkt, von Stalin später aber unter vielem anderen zu seiner Diffamierung und Verfemung benutzt. Doch ist nicht sicher erwiesen, daß Trotzki in Mexiko einem Anschlag der russischen Seite erlag.

Er hatte zuletzt seinen Stalin-Attacken auch Hinweise auf die Wallstreet beigefügt; zum Beispiel erklärt, "daß die kommunistische Internationale geradezu als konservatives Unternehmen bezeichnet werden müsse, wenn ihr vergleichsweise die Börse von New York gegenübergestellt werde".

Als Jakob H. Schiff jedenfalls seine Verdienste am bolschewistischen Umsturz herausstrich, verfiel er zeitweise so etwas wie dem Boykott der US-Gesellschaft, und sein Schwager Paul M. Warburg mußte sich von ihm distanzieren.<<

**07.11.1917**

Rußland: Die "Iswestija" (Zeitung des russischen Sowjetkongresses) berichtet am 7. November 1917 (x191/18-19): >>Die Bolschewisten machen sich die weitverbreitete Unzufriedenheit und die große Unwissenheit der Massen von Soldaten und Arbeitern zunutze. ... Ist es möglich, daß die Leute nicht begreifen, daß Diktatur und Terror nicht die Mittel sind, mit denen man ein Land organisieren sollte? ...<<

Die nordamerikanische Historikerin Merle Fainsod (1907-1972) schreibt später über die russische "Oktoberrevolution von 1917" (x245/126-127): >>... Die stärkste Hilfstruppe der Bolschewiki (Mehrheitler) waren die Fabrikarbeiter. Lenin gewann ihre Unterstützung, indem er ihnen eine Regierung versprach, die "den Schmarotzern die überflüssigen Lebensmittel wegnimmt und sie den Hungernden gibt, ... die Obdachlosen in Wohnungen der Reichen einquartiert, ... die Reichen zwingt, die Milch zu bezahlen, ihnen jedoch keinen Tropfen Milch gibt, solange nicht die Kinder aller armen Familien in genügendem Maße damit versorgt sind".

Mit zwei Parolen – "Brot" und "Arbeiterkontrolle" – zog Lenin beträchtliche Teile der Industriearbeiterschaft von den Menschewiki (Minderheitler) weg auf die Seite der Bolschewiki.

Die bolschewistische Revolution war nicht von einer Mehrheit getragen. Die letzten freien Wahlen, die in Rußland stattfanden, die Wahlen zur Konstituierenden Versammlung Ende 1917, zeigten klar, daß die Bolschewiki im gesamten Land über nicht mehr als 25 % der Stimmen verfügten.

Aber die Bolschewiki besaßen, wie Lenin später bemerkte, "zum entscheidenden Zeitpunkt an der entscheidenden Stelle das ausschlaggebende Übergewicht an Kräften". In den Gebieten und Truppenteilen, die für den Erfolg des Aufstands strategisch wichtig waren – Petrograd, Moskau, die Baltische Flotte und die Garnisonen rund um Petrograd -, neigte sich die Waagschale tief zugunsten der Bolschewiki.

Die Feinde des Bolschewismus waren zahlreich; aber sie waren schwach, schlecht organisiert, gespalten und apathisch. Lenins Strategie war darauf gerichtet, die Spaltungen unter seinen Gegnern zu vertiefen, ihren Widerstand zu neutralisieren und aus ihrer Apathie Kapital zu schlagen.

1902 hatte Lenin in "Was tun?" geschrieben: "Gebt uns eine Organisation von Revolutionären, und wir werden Rußland aus den Angeln heben!"

Am 7. November 1917 war der Wunsch erfüllt und die Tat vollbracht. ...<<

Der deutsche Historiker Oskar Anweiler schreibt später über die Folgen der russischen "Oktoberrevolution von 1917" (x245/125): >>... Die Oktoberrevolution wurde von den Bolschewiki

unter der Losung "Alle Macht den Räten" vorbereitet und durchgeführt. Eine Überprüfung des geschichtlichen Tatbestandes ergibt aber, daß die Machtübernahme nur von einem Teil der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte selbst gewünscht und praktisch durchgeführt wurde.

Die große Mehrheit der Sowjets und der in ihnen vertretenen Massen begrüßte zwar den Sturz der Provisorischen Regierung, lehnte aber eine bolschewistische Alleinherrschaft ab. Trotzdem gelang es Lenin und Trotzki durch gewaltsame Aktionen und eine geschickte Demagogie, diese Widerstände auszuschalten und hinter der Sowjetfassade den Grund für ihre Parteidiktatur zu legen.

Schon sechs Wochen nach dem bolschewistischen Oktoberaufstand schrieb Maxim Gorkis Blatt "Novaja Zizn" in einer herben Kritik der neuen Machthaber: "Die Macht ist auf die Räte nur auf dem Papier, in der Fiktion, und nicht in Wirklichkeit übergegangen. Der 2. Altrussische Sowjetkongreß wurde von den Bolschewiki vor die vollendete Tatsache der Machteroberung durch die Bolschewiki und nicht durch die Sowjets gestellt. Die Sitzungen des Kongresses gingen in einer Atmosphäre des Aufstandes vor sich, die Bolschewiki stützten sich auf die Gewalt der Bajonette und Gewehre. ...

In den Provinzen, wo die Sowjets schwankten, wo keine bolschewistische Mehrheit gesichert war, suchten die Bolschewiki den Sowjets Angst einzujagen und sie vor die Alternative zu stellen, entweder sich zu unterwerfen oder den Bürgerkrieg in den Reihen der Demokratie hervorzurufen. So wurde die Losung 'Alle Macht den Räten' verwirklicht, die sich in Wirklichkeit in die Losung 'Macht einigen Bolschewiki' verwandelt hatte. ...

Die Räte verlieren schon ihre Bedeutung, die Rolle der Räte sinkt zu einem Nichts herab. ...

Eine Sowjetrepublik? Leere Worte! In Wahrheit ist es eine oligarchische Republik, eine Republik einiger Volkskommissare.

Worin haben sich die lokalen Sowjets verwandelt? In unfreie, untätige Anhängsel der bolschewistischen 'Kriegsrevolutionskomitees' oder von oben ernannter Kommissare. Und diejenigen Räte, die ihre Unabhängigkeit noch bewahren, die hartnäckig den 'Rat der Volkskommissare' nicht anerkennen, kommen auf eine schwarze Liste der verdächtigen, opportunistischen, beinahe konterrevolutionären Einrichtungen. ...

Die Sowjets zerfallen, werden kraftlos und verlieren von Tag zu Tag mehr ihr Ansehen in den Reihen der Demokratie. ...<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet später (am 1. November 2017): >>**Die Ausbreitung der Barbarei**

Die Große Sozialistische Oktoberrevolution in Rußland war der "bis dahin gewaltigste Vorstoß der 'Ewigen Linken', ... das heißt einer Empfindungs- und Denktendenz, die an den vorhandenen gesellschaftlichen Verhältnissen Anstoß nimmt, weil sie sie für 'ungerecht' hält".

Für ungerecht gehalten wurde die ungleichmäßige Verteilung von Gütern und Lebensmöglichkeiten, die gegen den Gedanken der Brüderlichkeit aller Menschen verstieß. Diese Empfindung ist beispielhaft festgehalten in dem Vers des Priesters John Ball, der im 14. Jahrhundert in England predigte und als Rebell hingerichtet wurde: "Als Adam grub und Eva spann, wer war da der Edelmann?"

In Rußland gab es 1917 riesige soziale Unterschiede und eine furchtbare Massenarmut, die sämtliche Mißstände in Westeuropa übertraf. Das erklärt die Wut der Massen, die sich in Grausamkeiten gegen den Adel und das Bürgertum entlud. Neben dem spontanen gab es den planvollen Terror. Die Revolutionsführer ließen keinen Zweifel daran, daß sie es wörtlich meinten, wenn sie von der Vernichtung der parasitären Ausbeuterklassen und anderer sogenannter Volksfeinde sprachen. Das historische Recht dazu entnahmen sie dem Marxismus-Leninismus, der die uralte Utopie von einer gerechten Welt in eine angeblich wissenschaftliche Weltanschauung übersetzte.

Doch bald zeigte sich, daß die soziale, ökonomische, kulturelle Wirklichkeit einer Gesell-



schaft nicht in der Theorie vom Klassenkampf aufging. Also mußte die Realität zurechtgestutzt werden, um der Weltanschauung zu entsprechen. Das Mittel dazu war der stalinistische Massenterror, von dem viele Linke im Westen lange Zeit nichts wissen wollten oder den sie sogar rechtfertigten.

Der Zerfall des sowjetischen Imperiums seit 1989 markierte das Ende des linken Traums, die Utopie von der gerechten Welt in einer sozialistischen Gesellschaft zu verwirklichen. Die orientierungslose Linke ist seither zum Claqueur der globalisierten Wirtschaft und Finanzindustrie herabgesunken.

Deren Wunsch nach freier Verfügbarkeit über die Ressourcen, nach ungehindertem Warenfluß und grenzenlos kompatiblen Arbeitsnomaden und Konsumenten liefert sie ideologischen Flankenschutz, indem sie namens der globalen Gerechtigkeit offene Grenzen für alle fordert und diese, wo sie kann, auch durchsetzt.

Die Folgen sind die Zerstörung von Heimat und die sukzessive Ausbreitung der Barbarei. Diese strukturelle Gewalt von links wirkt schlimmer und nachhaltiger als der punktuelle Terror, der von linksideologisch aufmunitionierten Schlägertrupps gegen jene Minderheit verübt wird, die Widerstand leistet. Hundert Jahre nach der Oktoberrevolution ist die "Ewige Linke" nur noch ein bösesartiges und destruktives Phänomen.<<

### **08.11.1917**

**Rußland:** Der Sowjetkongreß erläßt am 8. November 1917 ein Dekret über die Verstaatlichung von Grund und Boden (x058/304):

>>1. Das Besitzrecht der Gutsbesitzer an Grund und Boden wird unverzüglich aufgehoben. Eine Entschädigung wird nicht geleistet.

2. Die den Gutsbesitzern, Domänenverwaltungen, Klöstern, Kirchen gehörenden Ländereien gehen mit allem lebenden und toten Inventar, allen Baulichkeiten und allem Zubehör bis zur Entscheidung in der Bodenfrage durch die Konstituante (verfassunggebende Versammlung) in die Verwaltung der Dorfagrarkomitees und der Kreisbauernräte über.

3. Jeder dem konfiszierten Eigentum, das nun dem ganzen Volke gehört, zugefügter Schaden wird als schweres Verbrechen betrachtet und von den Revolutionsgerichten bestraft. Die Kreisbauernräte ergreifen alle notwendigen Maßnahmen zur Wahrung einer strengen Ordnung bei der Konfiskation des Gutsbesitzes, zur Bestimmung der der Konfiskation unterliegenden Ländereien und ihrer Grenzen, zur Aufstellung genauer Verzeichnisse des konfiszierten Eigentums und zum strengsten revolutionären Schutz des ganzen in den Besitz des Volkes übergehenden Grundbesitzes mit allen Baulichkeiten, Geräten und Viehbeständen, Vorräten usw. ...<<

**Lenin hält nach der siegreichen "Oktober-Revolution" eine Rede vor dem Sowjetkongreß (x191/18):** >>Genossen, die Arbeiter- und Bauernrevolution, deren Notwendigkeit die Bolschewiki mit Nachdruck vertreten haben, ist Tatsache geworden.

Was bedeutet diese Revolution? Zunächst bedeutet sie, daß wir eine Sowjet-Regierung haben werden ohne die geringste Beteiligung der Bourgeoisie. Die unterdrückten Massen werden selbst eine Regierung bilden.

Der alte Staatsapparat wird zerschlagen werden, und an seiner Stelle wird ein neuer, von Sowjetorganisationen geschaffener Regierungsapparat entstehen.

Heute beginnt ein neues Blatt in der Geschichte Rußlands und die gegenwärtige Dritte Russische Revolution wird schließlich zum Sieg des Sozialismus führen.

Eine unserer unmittelbarsten Aufgaben ist es, sofort den Krieg zu beenden. Aber um den Krieg, der mit dem jetzigen kapitalistischen System eng verknüpft ist, zu beenden, wird es notwendig sein, den Kapitalismus selbst zu stürzen. In diesem Beginnen werden wir den Beistand der revolutionären Bewegung der Welt haben, deren Entwicklung in Italien, England und Deutschland schon eingesetzt hat ...

Wir müssen nur daran gehen, in Rußland einen proletarischen sozialistischen Staat aufzubauen.

Hoch lebe die weltumspannende sozialistische Revolution!<<

Lenin schreibt damals über die Diktatur des Proletariats (x128/33): >>Der Übergang von der kapitalistischen Gesellschaft ... zur kommunistischen Gesellschaft ist unmöglich ohne eine "politische Übergangsperiode", und der Staat dieser Periode kann nur die revolutionäre Diktatur des Proletariats sein. ...

Die Diktatur des Proletariats aber, d.h. die Organisation der Avantgarde der Unterdrückten zur herrschenden Klasse zwecks Niederhaltung der Unterdrücker, kann nicht einfach nur eine Erweiterung der Demokratie ergeben.

Zugleich mit der gewaltigen Erweiterung des Demokratismus, der zum erstenmal ein Demokratismus für die Armen, für das Volk wird und nicht ein Demokratismus für die Reichen, bringt die Diktatur des Proletariats eine Reihe von Freiheitsbeschränkungen für die Unterdrücker, die Ausbeuter, die Kapitalisten.

Diese müssen wir niederhalten, um die Menschen von der Lohnsklaverei zu befreien, ihr Widerstand muß mit Gewalt gebrochen werden – es ist klar, daß es dort, wo es Unterdrückung, wo es Gewalt gibt, keine Freiheit, keine Demokratie gibt. ...

Erst in der kommunistischen Gesellschaft, wenn der Widerstand der Kapitalisten schon endgültig gebrochen ist, wenn die Kapitalisten verschwunden sind, wenn es keine Klassen (d.h. keinen Unterschied zwischen den Mitgliedern der Gesellschaft in ihrem Verhältnis zu den gesellschaftlichen Produktionsmitteln) mehr gibt – erst dann "hört der Staat auf zu bestehen" und "kann von Freiheit die Rede sein". ...<<

Der russische Schriftsteller Maxim Gorki warnt damals bereits frühzeitig vor einem verlustreichen russischen Bürgerkrieg (x122/431): >>... Die Menschen werden einander töten, weil sie es nicht verstehen, ihre tierische Dummheit zu überwinden. ... Kurz, es wird sich das blutige, sinnlose Gemetzel wiederholen, das wir schon gesehen haben und das im ganzen Land die moralische Bedeutung der Revolution bereits angegriffen aber auch ihren kulturellen Sinn erschüttert hat.

Es ist durchaus wahrscheinlich, daß die Ereignisse diesmal einen noch blutigeren und pogromistischeren Charakter annehmen werden. ...<<

**21.11.1917**

**Rußland:** Maxim Gorki veröffentlicht am 21. November 1917 in der Zeitung "Neues Leben" einen kritischen Artikel über die "Oktober-Revolution" (x191/18): >>Das Proletariat hat nicht gesiegt; im ganzen Land tobt der Bürgerkrieg; Hunderte und Tausende von Menschen morden einander hin. ...

Das Menschenleben wird ebenso niedrig eingeschätzt wie vorher. Die Gewohnheiten des alten Regimes verschwinden nicht. Die "neue Obrigkeit" ist ebenso grob wie die alte und hat sogar noch schlechtere Manieren als diese. In den neuen Polizeirevieren schreit man und stampft man mit den Füßen genauso wie früher. Die neuen Beamten lassen sich auch ebenso gerne bestechen und schicken die Leute herdenweise ins Gefängnis. Alles Alte und Häßliche ist noch lange nicht überwunden. ...<<

**November 1917**

**Rußland:** Während und nach der "Oktoberrevolution" beginnt die größte Christenverfolgung der russischen Geschichte. Von 1917 bis 1940 werden ungezählte Priester, Mönche, Nonnen und andere Geistliche verhaftet, verschleppt oder ermordet.

**01.12.1917**

**Rußland:** Der Volkskommissar für das Kriegswesen, Leo Trotzki, verkündet am 1. Dezember 1917 vor den Delegierten des zentralen Exekutivkomitees der Sowjets (x046/189): >>In weniger als einem Monat wird der Terror extrem gewaltsame Formen annehmen, so wie es auch

bei der Großen Französischen Revolution gekommen ist. ...<<

### **03.12.1917**

**Deutsches Reich:** Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes schlägt dem Kaiser am 3. Dezember 1917 vor, Friedensverhandlungen mit Rußland einzuleiten (x191/19-20): >>Die Bolschewiki sind nun zur Herrschaft gelangt; wie lange sie sich an der Macht werden halten können, ist noch nicht zu übersehen. Sie brauchen zur Befestigung ihrer eigenen Stellung den Frieden; auf der anderen Seite haben wir alles Interesse daran, ihre vielleicht nur kurze Regierungszeit auszunutzen, um zunächst zu einem Waffenstillstand, und dann, wenn möglich, auch zum Frieden zu gelangen.

Der Abschluß eines Separatfriedens würde die Verwirklichung des erstrebten Kriegszieles, den Bruch Rußlands mit seinen Verbündeten, bedeuten. ...<<

### **04.12.1917**

**Finnland:** Nach der bolschewistischen Machtübernahme in Rußland erklärt sich Finnland am 4. Dezember 1917 von Rußland unabhängig.

### **11.12.1917**

**Litauen:** Am 11. Dezember 1917 gelingt es den Litauern, die Unabhängigkeit wieder herzustellen und die Republik Litauen (Hauptstadt = Kowno) zu gründen.

Im Jahre 1935 beträgt die Bevölkerung rd. 2.471.000 Einwohner (Konfession: 80 % römisch-katholisch, 9,5 % Protestanten, 2,5 % griechisch-orthodox, 7,3 % israelitisch (x019/139).

Wesentliche Städte sind z.B.: Kowno, Wilna, Schaulen.

### **15.12.1917**

**Deutsches Reich:** Der spätere deutsche Außenminister Walther Rathenau schreibt am 15. Dezember 1917 an einen Freund (x267/274): >>... An eine baldige Kriegsbeendigung glaube ich nicht ... Man tut sehr unrecht, Amerika zu unterschätzen, und irrt sich, wenn man jede neue Kriegserklärung aus Südamerika oder Übersee lächerlich findet. Es gibt im Drama Spieler, die im ersten Akt auftreten, dann unsichtbar bleiben und schließlich im fünften Akt als bedeutende Figuren hervortreten.<<

**Ostkrieg:** Nach der erfolgreichen "Oktober-Revolution" schließen die Bolschewisten und das Deutsche Reich am 15. Dezember 1917 einen Waffenstillstand.

### **1917**

**Österreich-Ungarn:** Der tschechische Panslawist Hanus Kuffner (1861-1929) verlangt im Jahre 1917 bereits die Elbe-Linie als zukünftige Westgrenze der "Slawenzone" (x025/177).

H. Kuffner fordert in seiner Publikation "Unser Staat und der Weltfriede" für den tschechischen Staat folgende Gebiete: Teile von Österreich, Bayern, Brandenburg, Sachsen und Schlesien bis zur Oder (x206/25).

### **1918**

Deutschland bleibt noch für lange Zeit, bis zu einer völligen Wandlung seiner Politik und seiner Weltanschauung, eine furchtbare Bedrohung für die Zivilisation.
--

<i>Ferdinand Foch (1851-1929, französischer Marschall)</i>
--

### **08.01.1918**

**USA:** US-Präsident Wilson gibt am 8. Januar 1918 in einer Rede vor dem US-Kongreß vierzehn Punkte bekannt, die als zukünftige Richtlinien für die Erhaltung des Weltfriedens dienen sollen.

Wilson fordert zur friedlichen Regelung aller Streitfragen (wie z.B. Sicherung der territorialen Unverletzlichkeit und politischen Unabhängigkeit aller Staaten) die Gründung eines Völkerbundes (x058/293-294): >>Wir traten in den Krieg ein, da Rechtsverletzungen vorgekommen waren, die uns aufs tiefste kränkten und unserem Volk das Leben zu einer Unmöglichkeit gestalteten, bevor sie nicht wieder gutgemacht waren und die Welt ein für allemal gegen deren

Wiederholung gesichert war.

Wir beanspruchen daher in diesem Kriege nichts Besonderes für uns selbst. Die Welt muß tauglich und sicher gemacht werden, um in ihr leben zu können; und besonders muß sie für jede friedliebende Nation gleich der unseren sicher gemacht werden, die ihr eigenes Leben zu leben, ihre eigenen Einrichtungen zu bestimmen wünscht.

Gerechtigkeit und faires Handeln der anderen Völker der Welt müssen gegen Gewalt und Angriffsgeist gesichert werden. Sämtliche Völker sind in Wahrheit Genossen in diesem Interesse, und wir unsererseits erkennen mit äußerster Klarheit, daß, wenn anderen keine Gerechtigkeit gewährt wird, sie auch uns nicht gewährt werden kann.

Das Programm des Weltfriedens ist daher unser Programm, und dieses Programm, das einzig mögliche Programm wie wir es sehen, lautet:

I. Öffentliche Friedensverträge, öffentlich beschlossen, nach denen es keine privaten internationalen Abmachungen irgendwelcher Art geben darf. Vielmehr soll die Diplomatie stets frei und vor aller Öffentlichkeit sich abspielen.

II. Absolute Freiheit der Schifffahrt auf der See außerhalb der territorialen Gewässer ...

III. Soweit als möglich die Aufhebung sämtlicher wirtschaftlicher Schranken und die Fortsetzung gleichmäßiger Handelsbeziehungen zwischen sämtlichen Nationen, die dem Frieden zustimmen und sich zu seiner Aufrechterhaltung vereinigen.

IV. Angemessene Garantien, ... daß die nationalen Rüstungen ... herabgesetzt werden.

V. Eine freie, offenherzige und absolut unparteiische Ordnung aller kolonialen Ansprüche, gegründet auf strenge Beachtung des Prinzips, daß bei Bestimmung aller derartigen Fragen der Souveränität das Interesse der betreffenden Bevölkerung gleiches Gewicht haben muß wie die billigen Ansprüche der Regierung, deren Rechtstitel festgesetzt werden soll ...

VI. Die Räumung des gesamten russischen Gebietes und eine derartige Erledigung aller Rußland berührenden Fragen, um die beste und freieste Zusammenarbeit der übrigen Nationen der Welt zu sichern ...

VII. Belgien, dem wird die ganze Welt zustimmen, muß, ohne jeden Versuch, die Souveränität, deren es sich gleich allen anderen Nationen erfreut, zu beschränken, geräumt und wiederhergestellt werden ...

VIII. Das gesamte französische Gebiet muß befreit und die verwüsteten Teile wieder hergestellt werden. Ebenso müßte das Frankreich durch Preußen 1871 in Sachen Elsaß-Lothringen angetane Unrecht, das den Weltfrieden nahezu 50 Jahre bedroht hat, berichtigt werden, um den Frieden im Interesse aller wieder Sicherheit zu verleihen.

IX. Eine Berichtigung der Grenzen Italiens sollte gemäß den klar erkennbaren Nationalitätenslinien bewirkt werden.

X. Den Völkern Österreich-Ungarns, deren Platz unter den Nationen wir gefestigt und gesichert zu sehen wünschen, sollte die freieste Möglichkeit autonomer Entwicklung gewährt werden (nicht identisch mit Zerschlagung der Donaumonarchie) ...

XI. Rumänien, Serbien und Montenegro sollten geräumt werden, besetzte Gebiete wieder hergestellt, Serbien freier und gesicherter Zugang zum Meere gewährt und die Beziehungen der verschiedenen Balkanstaaten zueinander auf Grund freundschaftlicher Verabredung gemäß den historisch festgesetzten Grenzen der Untertanenpflicht und der Nationalität festgelegt werden. ...

XII. Dem türkischen Teil des gegenwärtigen ottomanischen Reiches sollte eine gesicherte Souveränität gewährleistet werden ...

XIII. Ein unabhängiger polnischer Staat sollte errichtet werden, der die von unbestreitbar polnischer Bevölkerung bewohnten Gebiete umfassen soll, denen ein freier und sicherer Zugang zum Meere gewährleistet und dessen politische und ökonomische Unabhängigkeit sowie dessen territoriale Integrität durch internationalen Vertrag garantiert werden sollen.

XIV. Eine allgemeine Gesellschaft der Nationen muß auf Grund eines besonderen Bundesvertrages gebildet werden zum Zweck der Gewährung gegenseitiger Garantien für politische Unabhängigkeit und territoriale Integrität in gleicher Weise für die großen und kleinen Staaten. In bezug auf diese notwendige Berichtigung von Unrecht und Sicherung des Rechtes betrachten wir uns als intime Genossen sämtlicher Regierungen und Völker, die sich gegen die Imperialisten zusammengeschlossen haben. Es gibt für uns keine Sonderinteressen oder andersartige Ziele. Bis zum Ende stehen wir zusammen.<<

Wilson denkt bei der "Zusicherung eines freien und sicheren Zugangs zum Meer" nur an "Wegerechte", während die polnischen Parteien die ehemaligen Grenzen von 1772 anstreben (x041/71, x064/125).

Später wirft man mehrere Millionen Druckschriften des "14 Punkte-Friedens-Programms" mit Flugzeugen über dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn ab, um den Widerstandswillen der Bevölkerung und der Truppen zu schwächen (x177/85).

Prof. Dr. Reinhart Beck schreibt später über den Vierzehn-Punkte-Friedensplan (x051/606):  
>>Vierzehn-Punkte, aus 14 Punkten bestehendes Programm von US-Präsident Wilson zur Beendigung des Ersten Weltkrieges und zur Gestaltung einer zukünftigen Friedensordnung, am 8.1.18 im Kongreß verkündet:

Öffentliche Friedensverhandlungen und Abschaffung der Geheimdiplomatie;

Freiheit der Meere;

Freiheit des internationalen Handels;

Einschränkung der staatlichen Rüstungen und deren Garantie;

"unparteiische" Regelung der kolonialen Ansprüche;

Räumung Rußlands durch die Mittelmächte;

Wiederherstellung der Souveränität Belgiens;

Rückgabe Elsaß-Lothringens an Frankreich;

Festlegung der Grenzen Italiens nach dem nationalen Prinzip;

Autonomie für die Völker der Donaumonarchie;

Räumung Rumäniens, Serbiens und Montenegros durch die Mittelmächte;

Unabhängigkeit des türkischen Staates,

Autonomie für seine nichttürkischen Nationalitäten und Öffnung der Meerengen;

Errichtung eines unabhängigen polnischen Staates;

Gründung eines Völkerbundes.

Bei den Friedensverhandlungen konnte sich Wilson gegen seine Verbündeten aber nicht durchsetzen; der Versailler Vertrag und die anderen Pariser Vorortverträge widersprachen in wesentlichen Teilen und dem Geist nach den Vierzehn Punkten.<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über das "Selbstbestimmungsrecht der Völker" (x051/535): >>Selbstbestimmungsrecht der Völker, völkerrechtlicher Grundsatz, nach dem einerseits jeder Staat seine innere Organisationsform frei bestimmen kann und nach dem andererseits jedes Volk das Recht auf staatliche Verwirklichung hat.

Auf die Forderung nach einem Selbstbestimmungsrecht der Völker gingen die Einigungsbewegungen des 19. Jahrhunderts zurück, das Selbstbestimmungsrecht sollte u.a. nach den Vierzehn Punkten des US-Präsidenten Wilson Grundlage der europäischen Neuordnung nach dem Ersten Weltkrieg werden.

Die Chance war günstig, weil das dem Selbstbestimmungsrecht der Völker oft entgegenstehende Souveränitätsprinzip zumindest hinsichtlich der Verliererstaaten wenig wog. So wurden die Vielvölkerstaaten Rußland, Osmanisches Reich und Österreich-Ungarn konsequenterweise aufgelöst oder stark beschnitten, doch ließ sich das Selbstbestimmungsprinzip in der ethnischen Gemengelage v.a. Südosteuropas aus sicherheits- und wirtschaftspolitischen Gründen nicht ohne Kompromisse durchhalten, so daß neue Minderheiten entstanden.

Auch Interessen der Siegermächte standen einer durchgängigen Anwendung des Selbstbestimmungsrechts entgegen: So mußte das Deutsche Reich zahlreiche Gebiete ohne Befragung der Bevölkerung abtreten und die Abstimmungsgebiete wurden nicht immer gerecht abgegrenzt; Österreich verlor Südtirol zugunsten der dennoch unzufriedenen italienischen Siegermacht; das Sudetengebiet wurde zur Sicherung des neuen Staates der Tschechoslowakei zugeschlagen; der Anschluß Österreichs an Deutschland wurde untersagt usw.

Zwar versuchte man, durch Etablierung eines Rechts der Minderheiten auf Autonomie die programmierten Konflikte zu entschärfen, doch diskreditierte die gewaltsame Behandlung des Selbstbestimmungsrechts die Friedensverträge nachhaltig. Daher wurde das Selbstbestimmungsrecht der Völker zu einem der wirksamsten Argumente der Revisionspolitik, wie sie v.a. Hitler erfolgreich handhabte.

Nach Abschluß dieser ersten Phase seiner Außenpolitik, als das Selbstbestimmungsrecht die weitere Expansion behinderte, wurde es zu einem bloßen Recht auf Heimat ohne staatliche Option oder doch mit eingeschränkter Souveränität herabgestuft. Schließlich verschwand es ganz aus der deutschen politischen Argumentation. Auch die alliierte Antwort auf die so entstandenen neuen territorialen und ethnischen Probleme orientierte sich auf den Konferenzen von Teheran, Jalta und Potsdam nur begrenzt am Selbstbestimmungsrecht, das Entschädigungsregelungen und Sicherheitserwägungen behindert hätte.

Zwar beruft sich das Grundgesetz bei seinem Wiedervereinigungsgebot ebenso auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker wie die Vertriebenenverbände das Recht auf Heimat darin verankert sehen, doch konnten diese Forderungen bei der ganz anderen Machtkonstellation nach dem Zweiten Weltkrieg in Europa nicht mehr die politische Sprengkraft entwickeln wie 1918. Das Selbstbestimmungsrecht wurde aber in der Nachkriegszeit Motor der Entkolonialisierung und fand Eingang in die UN-Charta.<<

Der deutsche Gymnasiallehrer Matthias Schickel schreibt später (am 21.06.2006) in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung (x887/...): >>"Laßt uns den Frieden diktieren"

Wie die US-amerikanischen Republikaner den Versailler Vertrag beeinflussten

Ein "Buch des Friedens", wie der französische Premierminister George Clemenceau in seiner Ansprache an die deutsche Delegation in Versailles am 7. Mai 1919 den Vertragstext genannt hatte, ist das Werk der Siegermächte des Ersten Weltkriegs bekanntlich nicht geworden. Um so mehr scheint es daher geboten, das Werk der alliierten und assoziierten Mächte einer sachlich-nüchternen Würdigung zu unterziehen und die Schwierigkeiten, die sich aus der Beendigung des Krieges und der Herstellung eines Friedenszustandes ergeben haben, nicht zu unterschlagen.

Das Dilemma der Siegermächte brachte der spätere 31. US-amerikanische Präsident Herbert Hoover (1929-1933) auf den Punkt: "Wenn die Welt Frieden haben will, dann muß sie sich zwischen zwei Möglichkeiten entscheiden: Deutschland entweder in eine solche Armut und politische Entmachtung stürzen, daß jegliche Fähigkeit zur Initiative verlorenght und der deutsche Genius ausgelöscht wird; oder aber man gewährt Deutschland Friedensbedingungen, die einer demokratischen Regierung unter Präsident Ebert die Möglichkeit einräumen, als friedliebende Nation in die Menschheitsfamilie zurückzukehren. Wenn dies jedoch nicht getan wird, dann werden zwangsläufig entweder die finsternen Militaristen zurückkehren oder die ebenso gefährlichen Kommunisten die Macht übernehmen - beide mit Aggression in den Herzen."

In der aufgeheizten Atmosphäre der Friedenskonferenz hatten sich allerdings nur wenige alliierte Staatsmänner und Diplomaten einen von Emotionen weitgehend ungetrübten Blick bewahren können - zu groß waren die während des Krieges geweckten Leidenschaften und die an den Frieden gerichteten Erwartungen gewesen. So betrachtete man dann schließlich nicht

nur in Deutschland den Friedensvertrag zu Recht vielfach als eine Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln.

Was war aber geblieben von der Vorstellung eines gerechten Friedens ohne Sieger und Besiegte, von den liberalen Prinzipien, die der auf den ersten Blick wohl mächtigste Mann der Welt, der 28. US-amerikanische Präsident Thomas Woodrow Wilson (1913-1921), in seinen bekannten 14 Punkten am 8. Januar 1918 verkündet hatte?

Die Hoffnungen der Reichsdeutschen und Österreicher waren 1918/19 in erster Linie auf diese Friedensbotschaft Wilsons gerichtet gewesen. Und bis heute existiert zumindest unterschwellig das Gefühl, daß die Vereinigten Staaten dem Deutschen Reich einen gerechteren und milderen Frieden gewährt hätten. Nicht zuletzt speist sich diese Auffassung aus der Tatsache, daß die USA den Versailler Vertrag bekanntlich nicht ratifiziert hatten. Doch diese wohlwollende Annahme läßt sich so nicht aufrechterhalten.

Zwar führte Präsident Wilson die stärkste - und kriegsentscheidende - Macht des Weltkrieges an der Seite der Entente zum Sieg über die Mittelmächte, doch diese Stärke war innenpolitisch nach den Kongreßwahlen vom November 1918 bereits in Frage gestellt: "Unsere Verbündeten und unsere Feinde und Herr Wilson selbst sollten sich alle klar darüber sein, daß Herr Wilson gegenwärtig keinerlei Autorität besitzt, im Namen des US-amerikanischen Volkes zu sprechen. Sein Anspruch auf die Führerschaft ist gerade nachdrücklich zurückgewiesen worden", - so der vormalige 26. US-amerikanische Präsident Theodore Roosevelt (1901-1909) am 27. November 1918. Damit seien auch die 14 Punkte des Präsidenten, so Roosevelt weiter, hinfällig geworden, ja sie hätten jeden Anspruch verloren, "Ausdruck des Willens des amerikanischen Volkes zu sein".

Der vormalige Präsident schwächte mit dieser Aussage nicht nur die Position Wilsons bei den bevorstehenden Friedensverhandlungen, er signalisierte damit den alliierten Partnern in Paris auch, daß die aus den Kongreßwahlen im November 1918 hervorgegangene neue republikanische Mehrheit in beiden Häusern einen möglichst harten Frieden im Sinne der Franzosen befürworten und unterstützen werde. Bereits im Oktober hatte Roosevelt in einem Telegramm an den einflußreichen Senator Henry Cabot Lodge seine Vorstellungen von Friedensverhandlungen mit Deutschland dargelegt: "Let us dictate peace by the hammering gun" (Laßt uns den Frieden mit einem hämmernden Geschütz diktieren).

Die Mehrheit der Republikaner war zwar keineswegs überwältigend - im Senat standen 47 Demokraten 49 Republikanern gegenüber - doch sie genügte, um die entscheidenden Ausschüsse des Senats in republikanische Hände zu bringen. In besonderem Maße war dies für die US-amerikanische Außenpolitik von Bedeutung, denn jeder Vertrag zwischen den USA und einer dritten Macht bedarf der Ratifizierung mit Zweidrittelmehrheit durch den Senat. Als daher der US-amerikanische Präsident am 3. Dezember 1918 auf der "George Washington" zu den Friedensverhandlungen nach Europa aufbrach, lag das Schicksal des Friedenswerkes bereits in den Händen des US-amerikanischen Senats.

Zudem mußte sich in Paris erst einmal erweisen, ob Wilsons Konzept einer neuen und besseren Weltordnung den Realitäten einer Friedenskonferenz gewachsen war. Als zentrales Anliegen betrachtete der Präsident die Schaffung einer "League of Nations", eines Völkerbundes, der eine radikale Abkehr von den Erfahrungen und den Regeln der Alten Welt darstellte. Das neue System sollte auf den von Wilson für richtig und für universell gültig erachteten US-amerikanischen Prinzipien von Freiheit und Menschenrechten beruhen. Eine Staatengemeinschaft, unterworfen der Herrschaft des Rechts und der Moral, würde in Zukunft die Sicherheit und die Freiheit ihrer Mitglieder achten und wahren.

Die Einführung der Demokratie und die Durchsetzung des Prinzips der Selbstbestimmung könnten jeden Konflikt entschärfen und, da es für die Völker der Welt kein höheres Gut als den Frieden gebe, Kriege für die Zukunft ausschließen. Die europäischen Verbündeten, allen

voran die Franzosen, standen dem missionarischen Idealismus Wilsons jedoch skeptisch gegenüber.

Nach dem Waffenstillstand am 11. November 1918 traten die Bedenken der Alliierten gegenüber der von Wilson so vehement vertretenen Idee der kollektiven Sicherheit offen zu Tage. Die Franzosen, traumatisiert nach den Kriegen 1870/71 und 1914-18 gegen Deutschland, sahen die Gefahr, ihre nationale Sicherheit auf dem Altar allgemeiner und unverbindlich scheinender Prinzipien des Völkerbundes opfern zu müssen. Für sie konnte daher nur ein Völkerbund in Frage kommen, der ihren Sicherheitsvorstellungen Rechnung trug - und das hieß, den Völkerbund zu einem Instrument der Sieger umzubauen, mit dem Ziel, das Deutsche Reich dauerhaft niederzuhalten.

Die Machtverhältnisse am Ende des Krieges sollten mit Hilfe der internationalen Völkergemeinschaft zementiert werden. Die Stärkung des Völkerbundes bedeutete daher keinesfalls eine Stärkung des Gedankens einer internationalen Zusammenarbeit, sondern die Aufrechterhaltung der Frontstellungen des Weltkriegs.

Die Briten, vor allem aber die US-Amerikaner waren allerdings nicht willens, sich durch einen "französischen" Völkerbund dauerhaft außenpolitisch binden zu lassen und damit wesentliche Teile ihrer nationalen Souveränität aufzugeben.

Die US-amerikanischen Republikaner um Henry Cabot Lodge hatten frühzeitig deutlich gemacht, daß sie nicht bereit wären, einen Völkerbund mitzutragen, der entscheidende Rechte des US-amerikanischen Kongresses berühren und mit den Traditionen der US-amerikanischen Außenpolitik brechen würde: Neben der grundsätzlichen Empfehlung George Washingtons, sich "verstrickender Allianzen" mit den Europäern zu enthalten, war es vor allem die sogenannte Monroe-Doktrin aus dem Jahr 1823, die den Einfluß der europäischen Kolonialmächte zurückdrängen und gleichzeitig die Hegemonie der Vereinigten Staaten über Nord- und Südamerika ermöglichen sollte, welche die Republikaner in Gefahr sahen.

Am 28. Februar 1919 ergriff Henry Cabot Lodge im Senat das Wort und warf Präsident Wilson vor, hektisch auf die Installation eines Völkerbundes zu dringen, wo es doch viel wichtiger sei, einen Frieden mit Deutschland zu schließen, der "solche Bedingungen enthalten müsse, daß Deutschland gehindert werden würde, jemals wieder einen Weltkrieg vom Zaun zu brechen".

Da sich Frankreich so mutig den "deutschen Horden" gestellt und die Last des Kriegs weitgehend allein getragen habe, sollte Frankreichs Sicherheit unbedingt garantiert werden. So müßten die "barrier states" der Polen, der Tschechen und der Jugoslawen unterstützt werden und Frankreich Elsaß-Lothringen erhalten. Dies sei um so wichtiger, als Deutschland bereits wieder sein Haupt erhebe: "Deutschland ist schon wieder eine Bedrohung, und der einzige Grund für einen großen Krieg liegt in der Geschichte und in der Zukunft Deutschlands. Es muß jetzt so angekettet und gefesselt werden, daß es nie wieder eine Bedrohung für den Weltfrieden werden kann."

Wenige Tage nach der Rede von Lodge brachten die Republikaner in den Senat eine Resolution mit der Aufforderung ein, der Völkerbundsatzung in der vorliegenden Form die Zustimmung zu verweigern. Die einflußreichsten Männer der republikanischen Partei, Lodge, Knox und Harding hatten diesen sogenannten "round robin", eine Erklärung, bei der alle Unterschriften kreisförmig angeordnet werden, unterschrieben.

Von den 96 Senatoren unterstützten insgesamt 37 diesen Antrag und sprachen sich gegen die Völkerbundsatzung aus. Damit verfehlte Präsident Wilson eindeutig die für die Ratifikation nötige Zweidrittelmehrheit im Senat.

Der Präsident war zum Nachverhandeln in Paris gezwungen und stand vor dem fast unlösbaren Dilemma, den Franzosen eine Schwächung des Völkerbundes zuzumuten, die ohnehin die Kraftlosigkeit des Völkerbundes fürchteten. In dieser Phase war Wilson notgedrungen bereit,



deutliche Abstriche an seinem ursprünglichen Friedensprogramm hinzunehmen, um nur ja die Zustimmung der Alliierten zum Völkerbund zu erhalten.

Die "dunkle Periode" der Friedensverhandlungen begann: Die Frage nach den Grenzen Deutschlands und damit auch die Klärung des Schicksals Ostpreußens, Danzigs, der Saar und des Rheinlandes, die Festlegung der von Deutschland zu leistenden Reparationen, die Abrüstungsbestimmungen, die künftige Politik gegenüber Sowjetrußland sowie die Berücksichtigung der italienischen und japanischen Ansprüche - all diese Probleme gerieten jetzt zwangsläufig in das Gravitationsfeld der Verhandlungen um eine überarbeitete Völkerbundsatzung.

Vor allem Clemenceau versteifte sich nun unerbittlich auf die Umsetzung der territorialen Ansprüche Frankreichs und seiner Verbündeten in Osteuropa: "Die Deutschen sind ein serviles Volk, das den Zwang braucht ... Es gibt zwar in Deutschland den heftigsten Widerstand gegen die Übergabe Danzigs an Polen, doch um das historische Verbrechen, das an Polen begangen worden ist, wiedergutzumachen, sind wir verpflichtet, diese Nation auferstehen zu lassen und ihr auch die Möglichkeiten zu geben, selbständig zu leben."

Das Dilemma des gesamten Friedens von Versailles lag offen da. Ein Frieden, wie er Clemenceau vorschwebte, bedeutete notgedrungen nicht nur die Abkehr von den Prinzipien Wilsons, sondern mußte sich zudem auch noch auf die Bajonette der Alliierten stützen, um Deutschland dauerhaft niederzuhalten. Ein System aus territorialer Amputation in Ost und West, wirtschaftliche und militärische Schwächung sowie politische Isolierung des Deutschen Reiches sollten den Rahmen der Friedensordnung bilden.

Zugleich würde Deutschland, wie der südafrikanische General Smuts meinte, trotz eines harten Friedens "ein dominanter Faktor in Europa bleiben, und es wäre närrisch zu glauben, man könne die Welt ohne seine Mithilfe neu errichten".

Doch diese Lektion mußte Europa noch lernen. Angesichts der innen- und außenpolitischen Zwänge, denen die Akteure unterlagen - Angst vor einem übermächtigen Nachbarn und Angst vor Souveränitätsverlust - könnte man den Versailler Vertrag fast einen "tragischen Frieden" nennen.

Das Schlußwort, das in seiner Weitsicht prophetisch anmutet, soll dem jungen US-amerikanischen Diplomaten William Christian Bullitt überlassen bleiben, welcher der US-amerikanischen Friedensdelegation angehört hatte und der am 17. Mai 1919 dem Präsidenten seinen Rücktritt als Delegierter mit den Worten erklärte:

"Unsere Regierung hat zugestimmt, daß die leidenden Völker dieser Welt neuen Unterdrückungen, Ausbeutungen und Teilungen unterworfen werden ... Ungerechte Entscheidungen der Konferenz hinsichtlich Tsingtaus/Schantungs, Tirols, Ungarns, Ostpreußens, Danzigs und der Saar machen neue internationale Konflikte unausweichlich - ein neues Jahrhundert des Krieges steht uns bevor."<<